

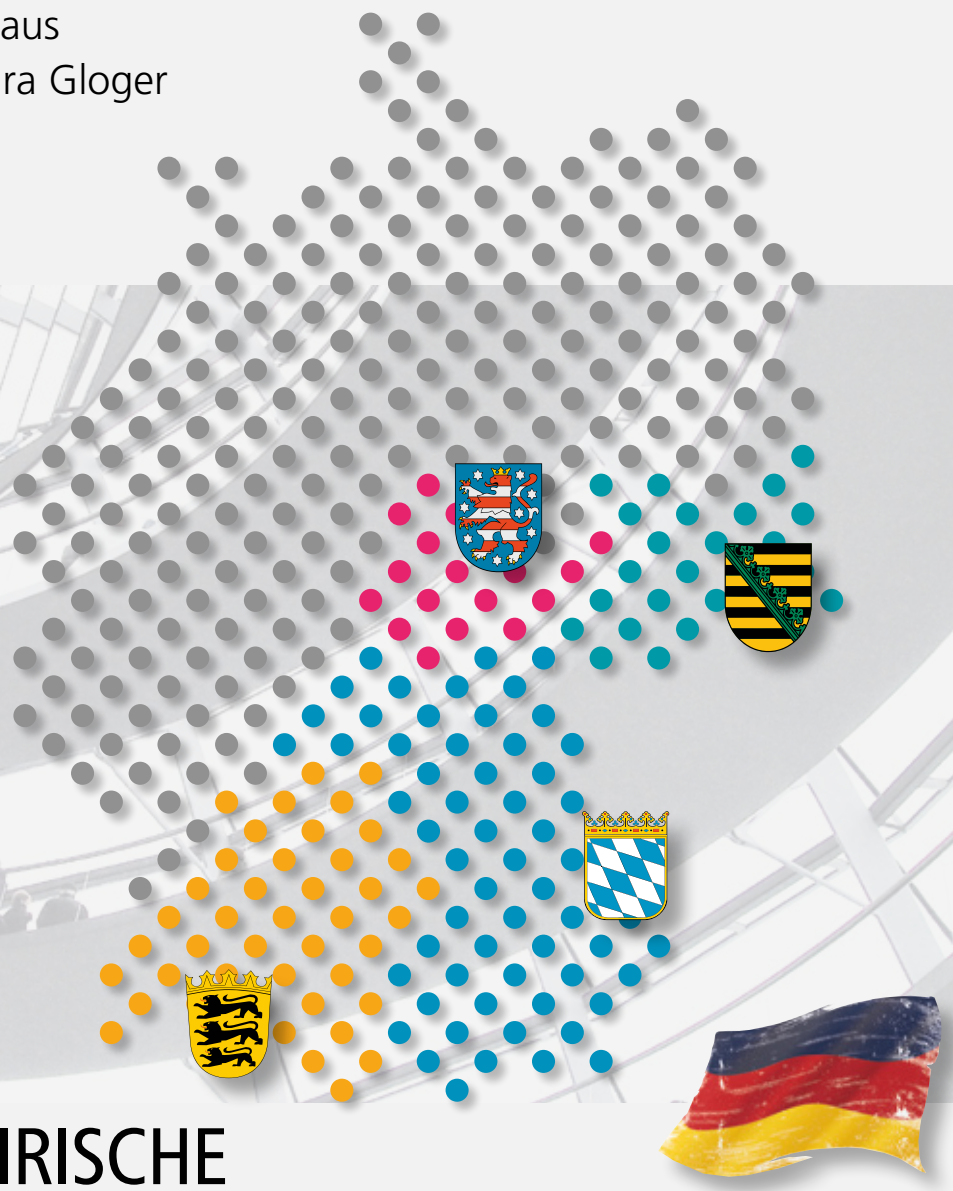
Politische Kultur in Süd- und Ostdeutschland

Jana Faus

Rainer Faus

Alexandra Gloger

GUTACHTEN



EMPIRISCHE SOZIALFORSCHUNG

4



Politische Kultur in Süd- und Ostdeutschland

Ergebnisse einer qualitativ-quantitativen Studie
im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung

Impressum

ISBN 978-3-95861-189-4

Herausgegeben vom

Forum Berlin
Friedrich-Ebert-Stiftung
Dr. Irina Mohr
Dr. Dietmar Molthagen
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin

Verfasser

Jana Faus
Rainer Faus
Alexandra Gloger

Durchführende der zugrundeliegenden Studie

pollytix strategic research gmbh
Dolziger Straße 7
10247 Berlin

Redaktion

Dr. Irina Mohr
Dr. Dietmar Molthagen
Barbara Hoffmann

Gestaltung

Pellens Kommunikationsdesign GmbH, Bonn

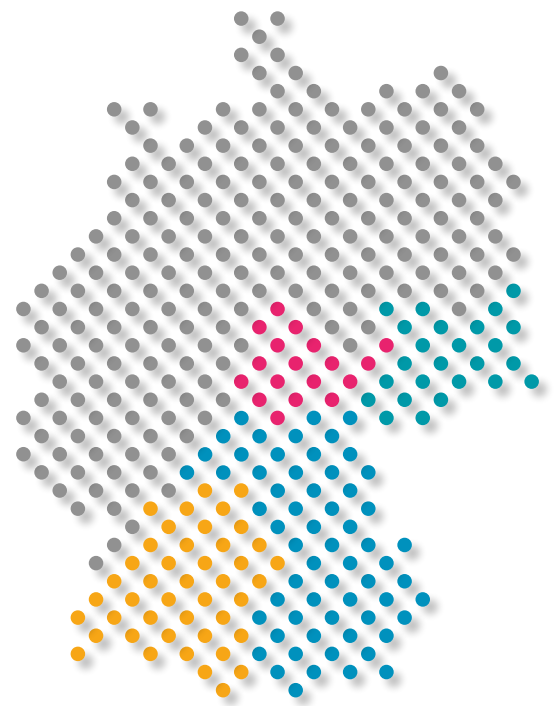
Fotos

Fahne: christophe BOISSON/fotolia.com
Karte: mucft/fotolia.com;
U1: maxidos/fotolia.com
U4: daskleineatelier/fotolia.com
Reichstag: Pellens

Webfassung

© Friedrich-Ebert-Stiftung 2015

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES
herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche
Zustimmung durch die FES nicht gestattet.



Inhalt

1. EINLEITUNG	4
2. DEFINITION UND OPERATIONALISIERUNG POLITISCHER KULTUR.....	5
2.1 Zum Begriff der „Politischen Kultur“	5
2.2 Die Messung politischer Kultur.....	5
2.2.1 Angebots- und Nachfrageseite von politischer Kultur	7
2.2.2 Faktoren politischer Kultur	7
2.3 Methodik.....	7
3. DAS ALLGEMEINE STIMMUNGSBILD IM SÜDEN UND OSTEN DER BUNDESREPUBLIK	9
4. VORAUSSETZUNGEN POLITISCHER PARTIZIPATION.....	11
4.1 Politisches Interesse	11
4.2 Verständnis und subjektives Kompetenzgefühl.....	13
5. FORMEN VON PARTIZIPATION	17
5.1 Wahlbeteiligung	17
5.2 Zusammenhang zwischen politischem Interesse und Wahlbeteiligung	18
5.3 Partizipation jenseits der Wahlbeteiligung	20
6. ZUFRIEDENHEIT MIT DEM FUNKTIONIEREN DES DEMOKRATISCHEN SYSTEMS	23
7. THEMEN UND EINSTELLUNGEN	27
7.1 Politische Prioritäten und Wahrnehmung von Themen	27
7.2 Lebenssituation und Einstellungen	33
7.3 Lebenssituation und Einstellungen nach Parteiwahl.....	36
8. FAZIT UND IMPLIKATIONEN FÜR DIE POLITISCHE BILDUNG	37
NACHWORT DES HAUSGEBERS	40
ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	43
LEGENDEN ABBILDUNGEN.....	44
LITERATURVERZEICHNIS	45
DIE AUTOR_INNEN.....	48

1. Einleitung

Die politischen Einstellungen und das Verhältnis der Bürgerinnen und Bürger zu Parteien, Demokratie und Wahlen lassen sich angesichts der Heterogenität des Landes in ihrer Gesamtheit nur schwer analysieren. Eine homogene politische Kultur existiert nicht, vielmehr ist davon auszugehen, dass verschiedene Formen politischer Kultur nebeneinander bestehen, die unterschiedliche Bewertungen, Verhaltensweisen und politisches Verständnis der Bevölkerung hervorbringen. Der Blick auf die unterschiedliche Entwicklung der politischen Landschaft in den verschiedenen Regionen Deutschlands lässt den Schluss zu, dass sich die politische Kultur sowie das politische Verständnis in diesen Regionen deutlich unterscheiden. Eine ländervergleichende Betrachtung ermöglicht es, Unterschiede, aber auch Gemeinsamkeiten besser zu verstehen.

Das Konstrukt der politischen Kultur ist ein viel betrachtetes Thema in der politikwissenschaftlichen Forschung und Literatur. Auch die Entwicklung zwischen Ost und West wird seit der deutschen Einheit stetig verfolgt (vgl. z. B. Gabriel, Falter & Rattinger, 2005), an ländervergleichenden Studien mangelt es bisher jedoch (vgl. z. B. Jesse, Schubert & Thieme, 2014, S. 16). In Deutschland ist insbesondere eine Gegenüberstellung der ökonomisch potenten, süddeutschen Regionen mit den weiterhin in einem Transformationsprozess befindlichen ostdeutschen Ländern interessant, die im Rahmen der vorliegenden Studie exemplarisch anhand der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen und Sachsen erfolgt, die durch ihre Geschichte, regionale Tradition und ökonomisch-strukturelle Entwicklung unterschiedlich geprägt sind.

Welches Erkenntnisinteresse liegt der wissenschaftlichen Analyse politischer Kultur in verschiedenen Regionen Deutschlands zu Grunde? Eine ländervergleichende Untersuchung politischer Kultur gibt Aufschluss über Werte, Einstellungen und Verhaltensweisen der Bevölkerungen, die in unterschiedlicher Politiktradition und durch landes-

politische Besonderheiten historisch gewachsenen sind und in einem regionalspezifischen Politikverständnis sowie in einer regionalspezifischen Politikwahrnehmung münden. Dadurch wird eine Einordnung von Unterschieden und Gemeinsamkeiten der Politik- und Demokratiewahrnehmung, des Politikverständnisses, politischer Partizipation, des Wahlverhaltens und der regionalen Parteienlandschaft möglich.

Regionale Traditionen, Werte, Einstellungen und Meinungen der Bevölkerung sind auch deshalb von Interesse, da für den Erhalt und die Beschaffenheit einer Demokratie nicht alleine die Existenz und Funktionalität politischer und staatlicher Institutionen relevant sind. Vielmehr steuert das politische Bewusstsein einer Gesellschaft (vgl. Andersen & Woyke, 2003; Ijzendoorn, 1978) politisches Handeln und Partizipation und determiniert damit die Unterstützung oder Ablehnung des politischen Systems. In Zeiten schwindender Wahlbeteiligung, vor dem Hintergrund abnehmender Bindungen an die großen Volksparteien und dem gleichzeitigen Aufkommen neuer populistischer Strömungen lohnt sich ein Blick auf regionale Erklärungsansätze und mögliche Hintergründe von Tendenzen einer Politik-, Parteien- und Demokratieverdrossenheit.

Das Ziel der vorliegenden Studie besteht demzufolge darin, herauszufinden, welche Bedeutung politische Kultur für die politische Bildung in den genannten Ländern besitzt: Welche Möglichkeiten der Stärkung und Förderung politischer Partizipation und Demokratieunterstützung lassen sich aus den Befunden zu politischer Kultur ableiten? Welche Faktoren fördern oder hemmen politisches und gesellschaftliches Engagement sowie politische Teilhabe in den Ländern? Diesen zentralen Leitfragen ist die pollytix strategic research gmbh im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung nachgegangen. Die wichtigsten Ergebnisse werden im Folgenden präsentiert.

2. Definition und Operationalisierung politischer Kultur

2.1 Zum Begriff der „Politischen Kultur“

„Politische Kultur kann sich langfristig ändern, aber verlieren kann man sie nicht [...]. Politische Kultur steuert [...] Wahrnehmungsfähigkeit, lenkt Augen und Ohren, deutet das Gesehene, Gehörte, Gefühlte.“

(Sarcinelli, 2000, S. 12).

Was bezeichnet das Konstrukt der politischen Kultur? Eine Analyse politischer Kultur im Süden und Osten Deutschlands erfolgt keinesfalls vor dem Hintergrund, dass eines der Länder, wie fälschlicherweise häufig angenommen, wohlmöglich eine geringere oder keine politische Kultur besitzen würde. Aus wissenschaftlicher Perspektive ist politische Kultur ein wertneutraler Begriff, der allgemein die Orientierung politischen Handelns einer Bevölkerung an Meinungen, Einstellungen und Wertvorstellungen bezeichnet (Filzmaier, 2009, S. 8).

Messen lässt sich politische Kultur anhand von Einstellungen, Meinungen und Werten der Menschen, die in ihrer Gesamtheit die Orientierung der Bevölkerung bilden. Die Wertvorstellungen und Einstellungen werden innerhalb einer Gesellschaft durch Sozialisation erworben und weitergegeben, beispielsweise in der Familie, der Schule, im Beruf, in Vereinen, über die Medien, Parteien oder Gemeinden (Filzmaier, 2009). Damit reproduziert sich politische Kultur selbst. Politische Sozialisation meint die Entwicklung und Ausprägung des politischen Bewusstseins. Dieses lenkt politisches Verständnis und Handeln, Teilhabe und Partizipation, Zufriedenheit mit dem politischen System und Vertrauen in Institutionen. Nach Sontheimer (1971) dient politisches Bewusstsein der Argumentation und Interpretation sämtlicher sozialer, politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse. Politisches Bewusstsein und die Ausrichtung politischer Institutionen eines Systems können miteinander übereinstimmen, aber auch auseinanderdriften. Letzteres geschieht, wenn die Gesellschaft das bestehende politische System und die politische Ordnung ablehnt oder kein Vertrauen in die staatlichen Insti-

tutionen besitzt, zum Beispiel wenn das politische Bewusstsein noch in alten Strukturen verankert ist (Andersen & Woyke, 2003).

Die politische Kultur einer Gesellschaft und das Individuum mit seinem subjektiven politischen Bewusstsein stehen in einem wechselseitigen Verhältnis zueinander: Kultur und System prägen das einzelne Gesellschaftsmitglied, während sich subjektive Wertvorstellungen und Einstellungen in ihrer Gesamtheit wiederum in gesellschaftlichen und politischen Institutionen sowie staatlicher Struktur manifestieren (Sarcinelli, 2010, S. 14). Politisch-gesellschaftliche Institutionen und demokratische Struktur als Teil einer politischen Kultur beeinflussen, legitimieren und stabilisieren politische Kultur, indem sie selbst kulturelle Muster erzeugen und reproduzieren. Ebenso können sie politische Kultur modifizieren oder delegitimieren (Thumfart, 2001).

Politische Kultur beschreibt demzufolge die Gesamtheit aller subjektiven politischen Orientierungen innerhalb einer (Teil-)Bevölkerung, die in der Bewertung politischer Objekte, wie Themen, Akteure oder Parteien (in Anlehnung an Almond & Verba, 1989), sichtbar werden. Ein Vergleich politischer Kulturen ist damit ein Vergleich unterschiedlicher Einstellungen, Meinungen und Werte, die in unterschiedlichen Gesellschaften vorherrschen und in ihrer Gesamtheit Unterschiede der Politikwahrnehmung und im politischen Handeln erklären können.

2.2 Die Messung politischer Kultur

Mit den vier exemplarisch ausgewählten Ländern Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und Thüringen wird ein Vergleich politischer Kulturen zwischen verschiedenen Regionen Deutschlands angestellt. Die südlichen Länder West- und Ostdeutschlands – im Folgenden der Einfachheit halber als süddeutsch (Bayern und Baden-Württemberg) und ostdeutsch (Sachsen und Thüringen) bezeich-

net – weisen für die letzten 50 Jahre eine gegensätzliche wirtschaftliche und industrielle Entwicklung auf. Während Sachsen und Thüringen historisch betrachtet industriell geprägt waren, ist dieser industrielle Sektor zunehmend geschrumpft. Bayern und Baden-Württemberg waren dagegen vormals agrarisch geprägt. Noch in den ersten Nachkriegsjahrzehnten war Bayern überwiegend landwirtschaftlich strukturiert und von einer geringen Industriedichte gekennzeichnet (Glaab & Weigl, 2013). Die südlichen Länder nahmen anschließend den umgekehrten Weg und haben einen wirtschaftlichen und industriellen Aufschwung erlebt. Daraus ergibt sich die Frage, inwieweit sich die umfangreichen ökonomisch-industriellen Veränderungen auf die politische Kultur der Länder ausgewirkt haben und inwiefern sich die ökonomisch-industrielle Situation auch aktuell in der Stimmung in den Ländern niederschlägt.

Ein weiterer Aspekt des Süd-Ost-Vergleichs ist die politische Entwicklung der Länder. Nach dem Zweiten Weltkrieg existierten zwei unterschiedliche Gesellschaften mit zwei verschiedenen politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systemen. In der DDR galten andere Leitwerte, der Staat setzte auf staatliche Kontrolle und Regulierung der Wirtschaft, in der Bundesrepublik galt das Prinzip sozialer Marktwirtschaft (vgl. auch Gabriel & Rattinger, 2005). Dass sich daraus unterschiedliche Werte der Gesellschaft ergaben, die sich in der politischen Kultur niedergeschlagen haben, scheint wissenschaftlicher Konsens. Spannend ist die Frage, ob die politische Kultur dieser Regionen 25 Jahre nach friedlicher Revolution und deutscher Einheit immer noch durch unterschiedliche Leitwerte geprägt ist.

Alle vier Länder weisen seit 1990 relativ stabile politische Verhältnisse mit wenigen Regierungswechseln auf, sind jedoch durch ein recht unterschiedliches Parteienspektrum gekennzeichnet. Unterschiede der politischen Kultur werden in den Parteienlandschaften besonders sichtbar, denn Parteien sind gemeinsam mit Wahlen Grundelemente demokratischer Mitbestimmung. Ihnen kommt eine besondere Stellung zu (Kost, Rellecke & Weber, 2010, S. 7), indem ihre Vertreter als Repräsentanten der Bevölkerung

gewählt werden und die Bevölkerungsinteressen in politisches Handeln umsetzen sollen. Das Parteiensystem eines Landes spiegelt daher die Interessen und Orientierungen seiner Gesellschaft, also die politische Kultur, in besonderer Weise wider. Ferner sind Parteien wesentliche Elemente bzw. Orte politischer Sozialisation, in denen Regeln von Politik, Handeln und Symbolik erlernt werden (Kost, Rellecke & Weber, 2010, S. 8). Anlässlich der allgemeinen Rückläufigkeit der Wahlbeteiligung sowohl auf Landes- als auch Bundesebene und des zunehmenden Anstiegs an Nichtwählern und Parteiverdrossenen (De Nève, 2009; Güllner, 2012) stellt sich die Frage nach der aktuellen Bedeutung politischer Parteien in den Ländern.

Bei der Bundestagswahl 2013 lag die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg 2 % über der gesamtdeutschen Wahlbeteiligung und ist damit im Vergleich der vier Länder am höchsten. In Sachsen und Thüringen lag die Wahlbeteiligung mit rund 2 % und 4 % unter dem Gesamtwert. Neue Tiefstwerte der Wahlbeteiligung wurden zuletzt bei den Landtagswahlen 2014 in Sachsen (49,2 %) und Thüringen (52,7 %) erreicht. Die Entwicklung zunehmender Wahlenthaltung stellt ein gravierendes Problem für die Demokratie dar, indem die politische Partizipation der Bevölkerung schwindet und immer weniger Bürgerinnen und Bürger (im Folgenden wird im Interesse des Leseflusses auf die Nennung beider Geschlechter verzichtet) den Parteien ihre Stimme und damit Zustimmung und Legitimation erteilen. Damit verbunden ist auch der bei Bundestagswahlen zu beobachtende Verlust an Stimmenanteilen für die Volksparteien, eine Entwicklung, die bei der Bundestagswahl 2009 ihren Tiefpunkt erreichte und von der sich die Volksparteien 2013 zwar erholt haben, von früheren Ergebnissen aber immer noch entfernt sind. Dazu kommt die aktuell zu beobachtende Tendenz zur Unterstützung neuer populistischer Strömungen.

Aufgrund des deutschen Föderalismus' ist es besonders sinnvoll, diese Aspekte in einem Ländervergleich zu untersuchen, denn „die deutsche Parteienlandschaft und das Wahlverhalten sind letztlich nur aus ihrer Geschichte und ihren regionalen Traditionen heraus zu verstehen“ (Kost, Rellecke, Weber, 2010, S. 9).

2.2.1 Angebots- und Nachfrageseite von politischer Kultur

Auf Basis des zuvor definierten Begriffs der politischen Kultur werden politische Orientierungen im Süden und Osten Deutschlands miteinander verglichen. Wie bereits dargestellt, manifestiert sich politische Kultur sowohl im politischen Bewusstsein der Bevölkerung als auch in politisch-gesellschaftlichen Institutionen und demokratischen Strukturen. Die umfassende Untersuchung politischer Kultur muss daher beide Seiten berücksichtigen, die Bevölkerungsseite, hier als Nachfrageseite von Politik bezeichnet, und die institutionelle Seite von Politik, die Angebotsseite, repräsentiert durch ihre Vertreter.

Die Analyse erfolgt in zwei sich ergänzenden Schritten. Um die politischen Orientierungen der Bevölkerung auf der Nachfrageseite abzubilden, wurde eine bevölkerungsrepräsentative quantitative Befragung durchgeführt. Einstellungen, Meinungen und Wertvorstellungen in den vier Ländern prägen die Wahrnehmung von Politik, Demokratie, Themen und Parteien sowie die Erwartungen an die Politik auf der Angebotsseite. Eine explorative qualitative Vertiefung durch Leitfadenterviews mit Landtagsabgeordneten und kommunalen Politikern ergänzt die quantitativen Ergebnisse um die Wahrnehmung politischer Kultur auf der Angebotsseite.

2.2.2 Faktoren politischer Kultur

Relevante Faktoren politischer Kultur sind sozioökonomische Faktoren, Meinungen, Einstellungen und Werte, da politische Kultur aus der Gesamtheit mehrheitlicher Bevölkerungseigenschaften resultiert. Mit der Zeit und im Wandel der Bevölkerungsstruktur können Meinungswechsel Einstellungswechsel bewirken und diese wiederum einen Wertewandel auslösen, mit dem sich auch politische Kultur verändert (Filzmaier, 2009). Die genannten Faktoren sind daher sinnvolle Indikatoren für die Messung politischer Kultur.

Sozioökonomische Faktoren prägen die Wahrnehmung von Politik und ermöglichen einen Vergleich der Bevölkerungen. Sie liefern Erklärungsansätze für unterschiedliches regionalspezifisches Politikverständnis in den Ländern,

das auf Unterschiede der Bevölkerungsstruktur zurückzuführen ist. Ferner spiegelt sich politische Kultur in Einstellungen zu politischen Themen wider. Während Meinungen von situationsabhängigen Einflüssen geprägt sein können und tagesaktuellen Geschehnissen unterliegen, sind Einstellungen weniger stark veränderbar und langfristig konstant (Filzmaier, 2009). In der Studie erhobene Einstellungen beziehen sich vor allem auf Einstellungen zu Parteien und zum demokratischen System.

Die Meinungsbildung der Bevölkerung wird entscheidend durch Parteiensystem, Politikformen und Politikstil der Politiker beeinflusst (Filzmaier, 2009, S. 9), die regional sehr unterschiedlich gewachsen und geprägt sein können. Handeln und Kommunikation politischer Akteure beeinflussen unter Beachtung der medialen Vermittlung von Politik Kenntnisse der Bevölkerung sowie Zufriedenheit und Vertrauen in die Politik. Diese Seite politischer Kultur wird durch die qualitative Analyse untersucht, in der historisch-kulturell gewachsene regionale Politiktraditionen, regionales Politikverständnis und das Selbstverständnis der Politiker im Vordergrund stehen. Die Befunde der qualitativen Analyse vertiefen die quantitativen Ergebnisse damit sinnvoll und liefern Hintergrunderklärungen für unterschiedliches regionalspezifisches Politikverständnis.

2.3 Methodik

Die Analyse setzt sich dementsprechend gemäß der Nachfrage- und Angebotsseite von Politik aus den Ergebnissen einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung in den vier Ländern und den explorativen qualitativen Leitfadenterviews zusammen. Die quantitativen und qualitativen Befunde aus den Gesprächen wurden in gegenseitiger Ergänzung ausgewertet und sollen nachfolgend ein umfassendes Bild von Unterschieden der politischen Kulturen in den vier Bundesländern liefern.

Für die quantitative Befragung wurden im Januar 2015 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen einer telefonischen Erhebung (CATI) 3.000 zufällig ausgewählte Wahlberechtigte befragt, je 750 in Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen, Thüringen. Die Daten sind gemäß der

amtlichen Statistik nach soziodemografischen Variablen gewichtet, Gesamtergebnisse sind zusätzlich nach der tatsächlichen Anzahl der Wahlberechtigten in den vier Bundesländern gewichtet.

In den Befragungszeitraum der quantitativen Erhebung fielen der vorläufige Höhepunkt der „Pegida“-Bewegung sowie die Terroranschläge in Frankreich. Dies sei vor dem Hintergrund der Situationsabhängigkeit von Meinungen in Befragungen erwähnt. Einzelne Fragen der quantitativen Untersuchung wurden nur der Hälfte des Samples an Befragten gestellt, um für den einzelnen Befragten die Länge der Befragung zu verringern. Eventuelle Differenzen zu 100 % sind in der Auswertung auf Rundungen oder fehlende Angaben der Befragten zurückzuführen.

Für die qualitative Befragung wurden im März/April 2015 von der pollytix strategic research gmbh 30 telefonische qualitative Leitfadeninterviews mit Politikern auf Kommunal- und Landesebene durchgeführt, jeweils 10 in Bayern und Baden-Württemberg und jeweils 5 in Thüringen und Sachsen. Politiker von CDU und CSU (Bayern) sowie SPD wurden in allen vier Bundesländern befragt, Politiker der Linken in Thüringen und Sachsen, der Grünen in Baden-Württemberg und Bayern sowie der Freien Wähler in Bayern. Sprachliche Äußerungen der Politiker sind als Zitate im Folgenden inhaltlich unverändert, sprachlich und grammatikalisch aber gegebenenfalls leicht geglättet.

3. Das allgemeine Stimmungsbild im Süden und Osten der Bundesrepublik

Zu Beginn erfolgt ein Blick auf die vier Bundesländer aus Sicht der Bevölkerung. Wie nehmen die Befragten ihr Bundesland selbst wahr? Mit welchen Begriffen beschreiben sie es? Sind die Beschreibungen eher positiv oder negativ? Das Stimmungsbild dient als erster Indikator für die Einschätzung der Lebenszufriedenheit und des persönlich wahrgenommenen wirtschaftlichen Wohlstandes in den Ländern.

Eine offen gestellte Frage zur Wahrnehmung des eigenen Bundeslandes im Vergleich zum Rest Deutschlands zeigt, dass im Süden eine insgesamt größere Zufriedenheit herrscht als im Osten. Zwar beschreibt ein Großteil der Befragten in allen Ländern das eigene Bundesland als allgemein „gut“, jenseits dieser allgemeinen und unspezifischen Antwort bestehen jedoch wesentliche Unterschiede in den Bewertungen. Im Süden sind die Bewertungen deutlich positiver konnotiert und fallen selbstbewusster aus. In Bayern und Baden-Württemberg nimmt man sich häufiger als „gut dran“, „besser“, „spitze“, „zufrieden“ und „reich“ wahr. Am „glücklichsten“ erscheinen die Bayern. Darüber hinaus werden im Süden deutlich häufiger Begriffe genannt, die auf eine positive und starke ökonomische Position des eigenen Landes hinweisen sowie auf das Gefühl von Sicherheit: „abgesichert“, „versorgt“, „wohlhabend“, „wirtschaftlich“ und „privilegiert“.

Negativ konnotierte Begriffe werden hingegen häufiger im Osten genannt. Explizit werden Beschreibungen wie „benachteiligt“, „mittelmäßig“, „arm“ verwendet. Insgesamt am negativsten wird Thüringen beschrieben. Hier fallen Begriffe wie „Billiglohnland“, „unterbezahlt“, „hintendran“, „benachteiligt“ und „alleingelassen“, die verdeutlichen, dass die ökonomische Position des Bundeslandes in der Wahrnehmung hinter dem Rest Deutschlands abfällt. Auch in Sachsen werden häufiger als im Süden negative Bewertungen vorgenommen, wie „mittelmäßig“, „benachteiligt“ oder „arm“, gleichzeitig halten positive Bewertungen jedoch dagegen, beispiels-

weise „spitze“, „besser“, „fortschrittlich“, „gut dran“, die zeigen, dass die sächsische Bevölkerung gleichzeitig recht stolz auf ihr Bundesland und das Selbstbewusstsein der Bevölkerung etwas größer zu sein scheint als in Thüringen. Dies zeigen auch andere Untersuchungen, die von einer ausgeprägten „sächsischen Identität“ sprechen, einem „Sonderbewusstsein der Bürger“, „allenfalls vergleichbar mit Bayern“ (Jesse, Schubert & Thieme, 2014, S. 334). Demzufolge zeichnet sich die politische Kultur in Sachsen durch ein starkes eigenes Selbstverständnis aus, das sich zwar mit „ostdeutschen Momenten“ verbindet, dessen Selbstwahrnehmung aber vielmehr „sächsisch“, als ostdeutsch geprägt sei (Jesse, Schubert & Thieme, 2014, S. 334). Trotz „spezifischer ostdeutscher Probleme“ wird Sachsen auch als „Sonderfall“ (Rellecke, 2010, S. 357) bezeichnet. Diese gewisse ostdeutsche „Vorreiterrolle“ Sachsens wird als „Ausdruck und Ergebnis“ einer schnellen Landesgründung nach der Wende gesehen, einer wirksamen institutionellen Transformation sowie hohen politischen Stabilität (Jesse, Schubert & Thieme, 2014, S. 337). Für die Herausbildung der politischen Kultur in den Ländern, die Etablierung der Parteiensysteme, Kontinuität und die allgemeine Stimmungslage war in den ostdeutschen Ländern zunächst die Zeit nach der Wende prägend. Wohlstandszuwachs und Verbesserung von Strukturproblemen wurden der jeweils aktuellen Regierung zugeschrieben. Generell gelten Regierungen, die sich in den östlichen Bundesländern in wirtschaftlich unsicheren und schwierigen Zeiten bewährt haben und aufgrund fehlender Vergleichbarkeit zu anderen politischen Optionen als die beste Alternative. Die Rolle und der Einfluss der östlichen Bundesländer wurde in den 1990er Jahren daher stark mit führenden Persönlichkeiten der Landespolitik, den „Landesvätern“ (Rellecke, 2010, S. 357) in Verbindung gesetzt. Diese Entwicklung prägt die Parteiensysteme teilweise bis heute. Auch der Industrialisierungsgrad der Länder ist entscheidend sowie die daraus resultierende Beschäftigungslage, die Konzernstrukturen und Berufsbilder (vgl. Holtmann, Ragnitz, Völkl, 2012).

4. Voraussetzungen politischer Partizipation

Das Ideal und Grundprinzip der repräsentativen Demokratie ist das Vertreten der Bürgerinteressen durch Parteien und Politiker unter indirekter Beteiligung und Einbindung des Bürgers an politischen Entscheidungen. Diese dienen der Legitimation des demokratischen Systems sowie politischen Handelns und besitzen dadurch eine stabilisierende und kontrollierende Funktion. Ein Element davon ist die Wahlbeteiligung, aber auch andere Formen der Partizipation bestehen in Form von Bürgerinitiativen oder Bürgerbegehren, Mitarbeit in politischen Parteien, Aufsuchen von Bürgersprechstunden, Unterschriftensammlungen oder Demonstrationen (vgl. auch Vetter & Maier, 2005).

Voraussetzung für alle Formen der politischen Partizipation, insbesondere derer, die über die bloße Wahlbeteiligung hinausgehen, ist die Bereitschaft zur mentalen Beschäftigung und Auseinandersetzung des Einzelnen mit politischen Fragen, auch politische Involvierung genannt (Vetter & Maier, 2005, S. 51). Damit gehen drei Einstellungsfaktoren einher: (1) Politisches Kompetenzgefühl, das heißt das Gefühl, selbst politisch etwas bewirken zu können, (2) politisches Interesse und (3) politisches Wissen oder Informiertheit. Einflussnehmende Variablen sind neben diesen Einstellungen auch Sozialisationsfaktoren und persönliche kognitive Ressourcen, wie formaler Bildungsgrad (Maier, 2000, S. 142) oder Wertorientierungen (Vetter & Maier, 2005, S. 85).

Die politische Informiertheit des Bürgers wird zumindest demokratiethoretisch als Grundlage von Demokratie angesehen. Häufig wird beklagt, dass begrenztes politisches Faktenwissen der Bevölkerung in einem Kontrast zum Ideal des gut informierten und mündigen Bürgers steht, der auf Basis seines Kenntnisstandes die Arbeit der Politiker kontrolliert und seine Wahlentscheidungen trifft (Maier, 2000, S. 141). Kenntnisstand, Kompetenzgefühl und politisches Interesse der Bürger sind häufig untersucht worden und fallen nachweisbar eher niedrig aus. Daher wird auch vom „Paradox der Demokratie“ gespro-

chen, das die Diskrepanz zwischen Demokratietheorie und der tatsächlichen Informiertheit bezeichnet (Maier, 2000, S. 141).

Politisches Interesse, Kompetenzgefühl und politisches Wissen sind eng miteinander verbunden und beeinflussen sich gegenseitig, die Wirkungsreihenfolge dabei ist unklar (Vetter & Maier, 2005, S. 53). Voraussetzung für jegliches politisches Engagement oder Urteilungsvermögen, für die Bewertung und Einordnung von Themen, Parteien und Handlungen ist jedoch politisches Wissen. Wissen über Politik und das Interesse an Politik sind aus kognitionspsychologischer Sicht entscheidend für die Aufnahme, Verarbeitung und Bewertung politischer Informationen (Vetter & Maier, 2005, S. 52; vgl. auch Lupia, McCubbins & Popkin, 2000).

Da politische Involvierung und politische Partizipation zentrale Elemente von Demokratieunterstützung sind, ist die Messung der politischen Beteiligung in den Ländern zwar kein hinreichendes, aber ein zentrales Kriterium für die Analyse politischer Kultur. Einzelne Elemente politischer Involvierung und politischer Partizipation wurden daher im Ost-Süd-Vergleich betrachtet.

4.1 Politisches Interesse

Die Ergebnisse zum politischen Interesse zeigen keine signifikanten Unterschiede zwischen den Ländern, auch nicht im Vergleich von Ost und Süd. Allgemeines politisches Interesse weist insgesamt überall ein ähnliches Niveau auf. Der Anteil derer, die sich sehr stark oder stark für Politik interessieren, liegt länderübergreifend bei 45 %, insgesamt ordnen sich 39 % als mittelmäßig interessiert ein, nur 16 % bezeichnen sich als wenig bis gar nicht politisch interessiert: In Baden-Württemberg 15 %, in Bayern 19 %, in Thüringen 18 % und 15 % in Sachsen. Insgesamt ist es um das politische Interesse gar nicht so schlecht bestellt, auch wenn andere Studien zeigen, dass

politisches Interesse im Zeitverlauf insgesamt eher rückläufig ist (vgl. z. B. BMWi, 2015a). Der Anteil derer, die überhaupt kein Interesse haben, liegt bei nur 5 % aller Befragten. Süd-Ost-Unterschiede bestehen hierbei nicht, wie auch in anderen jüngeren Studien belegt (vgl. BMWi, 2015a). Auch wurden in anderen Studien, die Ost und West vergleichen, keine nennenswerten Unterschiede politischen Interesses zwischen verschiedenen Altersgruppen identifiziert (BMWi, 2015a). Vielmehr bestehen sehr ähnliche und in nahezu allen Fällen statistisch signifikante Beziehungsmuster zwischen politischem Interesse und sozialstrukturellen Merkmalen, die länderübergreifend nach ähnlichem Muster existieren (vgl. auch Maier, 2000, S. 148). Gleiches gilt für die vorliegende Studie. Auch hier bestehen zwischen Süden und Osten keine soziodemografischen Unterschiede des politischen Interesses, die auf die politische Kultur im Süden oder Osten zurückreichen. Entscheidender für politisches Interesse sind länderübergreifend soziodemografische Faktoren, wobei diese Ergebnisse mit Vorsicht zu interpretieren sind, da das Antwortverhalten in verschiedenen soziodemografischen Segmenten auf unterschiedliche Weise durch soziale Erwünschtheit beeinflusst sein könnten. Insgesamt und in jedem der vier Länder interessieren sich Jüngere (unter 40) deutlich weniger für Politik als Ältere (60+). Außerdem interessieren sich Frauen insgesamt weniger als Männer für Politik. Diese Geschlechterdifferenz besteht in jedem der vier Bundesländer, im Süden ist der Abstand zwischen dem Interesse der Männer und Frauen insgesamt aber etwas weniger stark ausgeprägt: Während in Bayern 13 % der Männer angeben, sich „wenig bis gar nicht“ für Politik zu interessieren, sind es 24 % der Frauen. In Baden-Württemberg sind 12 % der Männer „wenig bis gar nicht“ interessiert sowie 17 % der Frauen. In Sachsen sind 21 % der Frauen „wenig bis gar nicht“ interessiert, jedoch nur 9 % der Männer. In Thüringen ist die Geschlechterdifferenz am größten, hier sind 24 % der Frauen, aber nur 11 % der Männer „wenig bis gar nicht“ interessiert. In Baden-Württemberg ist damit die Geschlechterdifferenz mit nur 5 % Unterschied am geringsten ausgeprägt. Neben zunehmendem Alter steigt politisches Interesse darüber hinaus mit höherem formalem Bildungsgrad und höherem Einkommen an. So sind Wahlberechtigte mit niedriger Schulbildung (Volks- oder Hauptschulabschluss) zu 36 % stark oder sehr stark poli-

tisch interessiert, Wahlberechtigte mit mittlerer Schulbildung (Realschulabschluss oder gleichwertiger Abschluss) zu 43 % und solche mit hoher Schulbildung (Fachhochschul- oder Hochschulreife) zu 60 % (sehr) stark politisch interessiert (siehe Abbildung 2 auf S. 13).

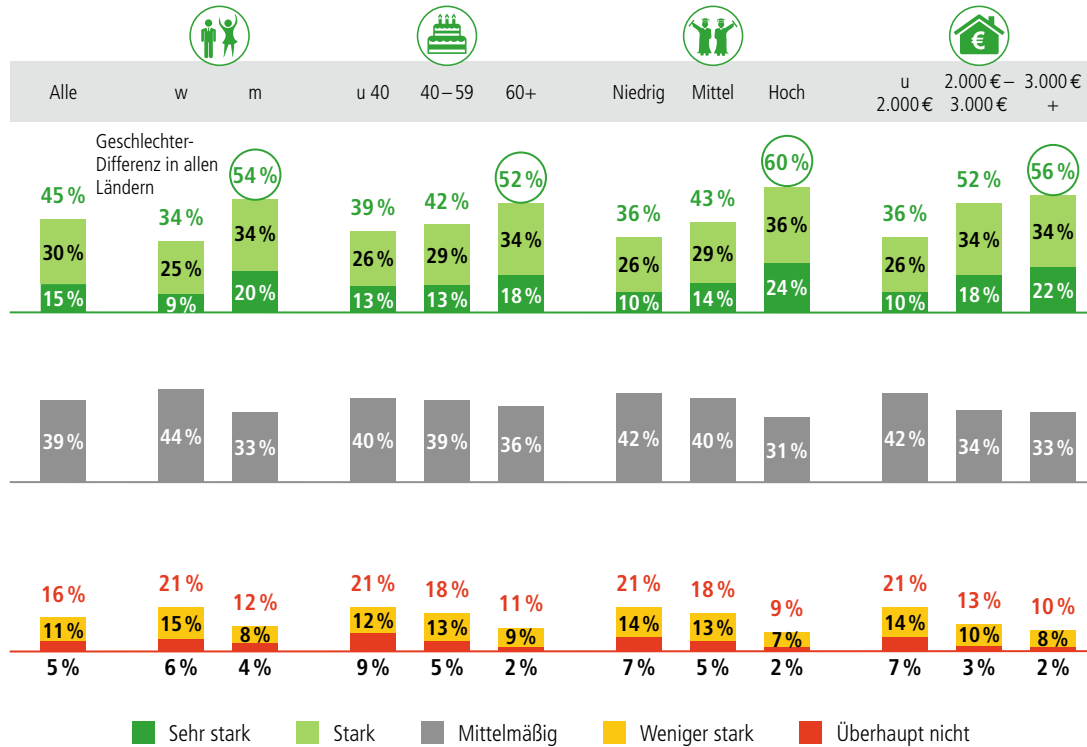
Politisches Interesse lässt sich auch indirekt über Verhalten erfassen, beispielsweise durch die Frage nach der Häufigkeit von Gesprächen über politische und gesellschaftliche Themen, zum Beispiel mit der Familie oder Freunden oder Bekannten.

66 % aller Befragten geben an, eher oder sehr häufig mit dem Lebenspartner oder der Familie über Politik zu sprechen. In Thüringen und Sachsen sind es gar 68 % und 69 %. Mit Freunden und Bekannten sprechen 58 % aller Befragten, in Thüringen und Sachsen liegen die Werte erneut etwas höher mit 61 % und 63 %. Die leicht überdurchschnittliche Häufigkeit, mit der im Osten, vor allem in Sachsen, zuletzt mit Familie oder Freunden über Politik gesprochen wurde, könnte auf die „Pegida“-Proteste zurückzuführen sein, die im Befragungszeitraum ihren bisherigen Höhepunkt erreichten. Es ist davon auszugehen, dass Gespräche über Politik durch hohe politische Involvement gefördert werden und insbesondere auch durch Betroffenheit oder persönliche Unzufriedenheit, wobei Unzufriedene im Freundes- und Bekanntenkreis als Multiplikatoren fungieren.

Wenig interessiert an politischen Themen sind Bürger auch, wenn sie von der Politik weitgehend unbehelligt sein möchten. Dieser Aspekt wurde durch die Zustimmung zu der Aussage „Politiker sollen ihre Arbeit machen und mich damit in Ruhe lassen“ gemessen. 30 % aller Befragten stimmen hier auf einer Skala von 0 bis 10 „eher (6 bis 8)“ oder „voll und ganz (9 bis 10)“ zu. In Bayern sind es nur 27 %, in den anderen drei Ländern 32 % der Befragten.

Für politisches Interesse kann festgehalten werden, dass kaum Unterschiede zwischen den Ländern bestehen, wohl aber generelle Unterschiede nach soziodemografischen Merkmalen wie Alter, Geschlecht, Bildung und Einkommen. Positiv ist, dass die Mehrheit aller Befragten wenigstens mittelmäßig bis stark oder sehr stark an Politik

Einmal ganz allgemein gesprochen, wie stark interessieren Sie sich für Politik: Sehr stark, stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?



Basis: Alle Wahlberechtigten (n=3000). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.

interessiert ist, die Mehrheit der Befragten auch im privaten Bereich mit Familie oder Freunden über Politik spricht und von der Politik nicht „in Ruhe gelassen werden“ möchte. Kritisch aber ist, dass gerade junge Menschen, insbesondere junge Frauen, länderübergreifend am wenigsten Interesse bekunden.

4.2 Verständnis und subjektives Kompetenzgefühl

Wie zuvor dargestellt, sind neben politischem Interesse auch politisches Wissen und das eigene politische Kompetenzgefühl, also das Gefühl, Politik verstehen und beeinflussen zu können, Voraussetzungen für politische Partizipation. Die Aufnahme politischer Informationen, politischen Wissens, subjektiven Verständnisses politischer Probleme und die wahrgenommenen Einfluss-

möglichkeiten in der Politik zählen zum „kognitiven Engagement“, der Bereitschaft, sich mit Politik auseinanderzusetzen und zu beschäftigen (BMW, 2015a, S. 28) und bilden eine Vorstufe tatsächlichen Engagements. Politisches Wissen lässt sich gemeinsam mit politischem Kompetenzgefühl implizit erfassen, beispielsweise über die Zustimmung zu der Aussage: „Manchmal verstehe ich Politik nicht und würde mir wünschen, dass mir Entscheidungen besser erklärt werden.“ Auf der Skala von 0–10 stimmen immerhin 68 % aller Befragten „eher (6 bis 8)“ bis „voll und ganz (9 bis 10)“ zu.

Der Befund, dass die Bürger größtenteils nicht von Politik behelligt werden wollen, sich aber bessere Erklärungen wünschen, deckt sich mit der Wahrnehmung der befragten Politiker, die Bürger keinesfalls als durchwegs uninteressiert wahrnehmen. Sie sehen vielmehr eine Tendenz, dass Bürger stärker in Entscheidungsprozesse

eingebunden werden möchten, was wiederum ihr politisches Kompetenzgefühl stärkt. Allerdings beschränkt sich politisches Interesse der Bürger, nach Einschätzung der befragten Politiker, hauptsächlich auf Themen mit persönlicher Relevanz, bei denen dann auch frühzeitige Bürgerbeteiligung gefordert wird.

„Die Bürger sind kritischer geworden, wollen von Anfang an informiert, mit einbezogen werden. Das fordern sie von den gewählten Vertretern im Kommunalparlament anders ein als noch vor ein paar Jahren.“
(SPD Sachsen)

„Es geht eher darum, mit den Leuten einen Dialog zu führen, Sachen aufzunehmen. Dass man den Leuten das Gefühl vermittelt, dass sie mit ihren Anliegen ernst genommen werden, auch wenn man vielleicht mal in der Sache nichts erreichen kann.“
(Grüne Baden-Württemberg)

Aus Politikersicht wird der Verständigungsprozess zwischen Politik und Bürgern durch zunehmende Komplexität politischer Abläufe und Inhalte erschwert. Themen und Inhalte, die über die regionalen, persönlichen und alltäglichen Probleme der Bürger hinausreichen, vor allem auf Bundes- und Landesebene, sind immer schwerer zu vermitteln. Als Folge fühlen sich die Bürger unzureichend verstanden und verstehen Politik zugleich selbst immer weniger, was ihr politisches Kompetenzgefühl und in der Folge auch die Bereitschaft zur persönlichen Auseinandersetzung mit politischen Themen (BMW, 2015a, S. 28) schwächt.

„Die Übersetzungsprobleme der Politik sind nicht neu und dass sich die Situation der Politik in der Kommunikation mit dem Empfänger verschlechtert hat und dass es gleichzeitig, aufgrund der wachsenden Komplexität von politischen Prozessen, dem Sender schwerer fällt, komplexere Zusammenhänge zu kommunizieren, das schaukelt sich gegenseitig auf.“
(SPD Sachsen)

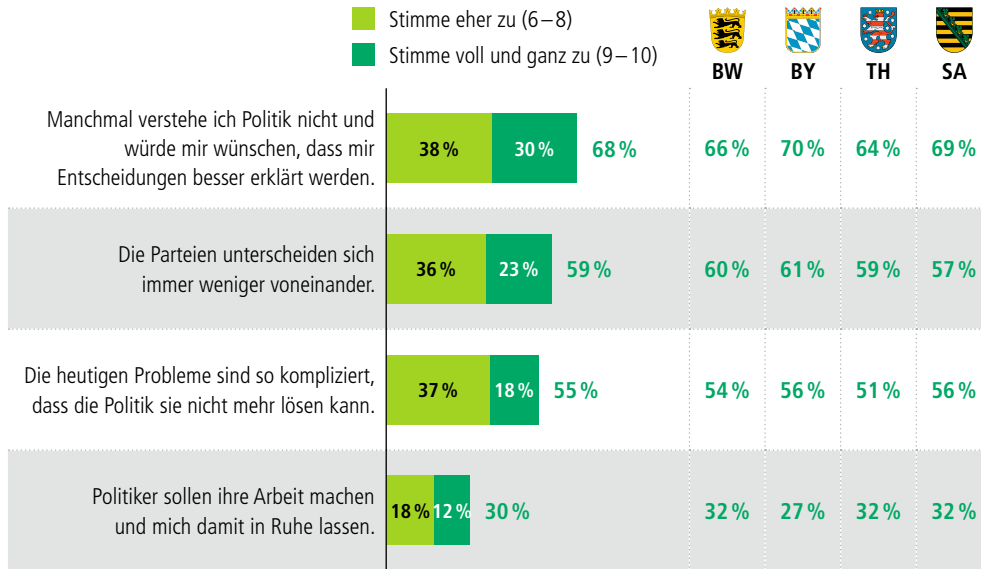
„Die Bürger haben die Wahrnehmung, dass sich die Politik um die Alltagsprobleme nur unzureichend kümmert. Dass vielleicht auch die Sprache den Zugang zur Bevölkerung ein Stück weit infrage stellt. Diese Themen muss man aufgreifen und auch politische Leitmarken setzen, Lösungen anbieten.“
(SPD Bayern)

Vor dem Hintergrund zunehmender Komplexität und „Ausdifferenzierung politischer Probleme sowie Lösungen in der modernen Gesellschaft“ (vgl. auch Vetter & Maier, 2005, S. 52) ist auch von Interesse, wie stark das Vertrauen in die Handlungskompetenz der Politik ist. Dazu wurde die Zustimmung zu folgender Aussage gemessen: „Die heutigen Probleme sind so kompliziert, dass die Politik sie nicht mehr lösen kann.“ Mit 55 % aller Befragten stimmt die Hälfte „eher (6 bis 8)“ oder „voll und ganz (9 bis 10)“ zu.

Im Zusammenhang mit subjektivem Kompetenzgefühl und wahrgenommenen Einflussmöglichkeiten auf die Politik steht die Frage nach der Unterscheidbarkeit der Parteien. Parteien und Parteiprogramme dienen der Partizipation und geben dem Wähler Orientierung, dienen der Identifikation und Integration von Interessen (Kost, Rellecke & Weber, 2010). Wenn die Wähler keine Unterschiede zwischen Parteien wahrnehmen, dann wissen sie nicht, welche Partei ihre Interessen vertritt und sehen damit die eigenen Einflussmöglichkeiten geschmälert. In der vorliegenden Studie stimmen länderübergreifend ohne signifikante Unterschiede 59 % aller Befragten „eher (6 bis 8)“ oder „voll und ganz (9 bis 10)“ zu, dass „die Parteien sich immer weniger voneinander unterscheiden“.

Abbildung 3: Zustimmung (6–10) zu Aussagen zu politischem Interesse und Verständnis insgesamt und in den Ländern

Hier einige Aussagen von anderen Menschen in Deutschland. Bitte sagen Sie mir auf einer Skala von 0 bis 10, inwiefern Sie jeder dieser Aussagen zustimmen. 0 bedeutet, Sie stimmen überhaupt nicht zu, 10 bedeutet, Sie stimmen voll und ganz zu. Sie können jede Zahl zwischen 0 und 10 wählen.



Basis: Alle Wahlberechtigten (n=3000). Fehlende Prozent: Weiß nicht/Keine Angabe, (0–5). Abweichungen rundungsbedingt.

Mangelndes persönliches Kompetenzgefühl und gering eingeschätzte Einflussmöglichkeiten in der Politik sind neben niedrigem politischem Interesse ein weiteres Element geringer Partizipationswahrscheinlichkeit. Mit dem Gefühl, nicht mehr gefragt zu werden, stellt sich letztlich Gleichgültigkeit ein.

„Man muss unbedingt auf die Bürger zugehen, von allein kommen die nicht mehr. Man muss in die Schulen, in die Kindergärten, zu den Verbänden, auch zu den Bürgerinitiativen. Das ist auch eine Holschuld, sich um diese Themen zu kümmern.“

(CDU Baden-Württemberg)

„Wir hatten eine Veranstaltung, bei der die örtlichen Politiker eingeladen waren und wir wurden aufgefordert, in einfacher Sprache zu reden. Das ist für mich der Ansatz, weil alles so kompliziert ausgedrückt wird. Juristensprache ist ja das Allerschlimmste, aber ich glaube, dass wir wirklich versuchen müssen, Zusammenhänge und gerade politische Zusammenhänge viel einfacher zu erklären.“

(SPD Baden-Württemberg)

Während die Mehrheit aller Befragten länderübergreifend politisches Interesse zum Ausdruck gebracht hat, versteht also wiederum eine Mehrheit aller Befragten Politik manchmal nicht ausreichend, nimmt immer weniger Unterschiede zwischen Parteien wahr oder glaubt nicht, dass Politik die heutigen Probleme noch lösen kann. Speziell die letztgenannte Aussage deutet auf eine bereits vorhandene Demokratieskepsis hin, die unter Partizipationsgesichtspunkten sicherlich problematisch zu bewerten ist. Zudem sprechen diese Befunde dafür, dass Politik insbesondere einer einfachen und dennoch deutlichen Erklärung bedarf.

Nach möglichen Lösungen für die Verständigungsproblematik zwischen Politikern und Bürgern gefragt, antworten auch die befragten Politiker, dass Politiker eine einfache Sprache verwenden sollten, die näher am Bürger und seinen alltäglichen Problemen ist, dass Politik teilweise an der Bevölkerung vorbei regiert und Probleme und Bedürfnisse der Bürger innerhalb des politischen Raums zu wenig Beachtung finden.

Defizite in der Kommunikation mit dem Bürger werden seitens der Politik demzufolge eingeräumt und es besteht die Einsicht, dass Politiker deutlicher, transparenter, ehrlich, einfach und zielgruppengerecht kommunizieren sollten, um zum Bürger durchzudringen und die Akzeptanz politischer Entscheidungen zu steigern.

„Das Verhältnis zwischen Bürgern und Politikern ist verbesserungsbedürftig. Man muss mehr kommunizieren. Politik ist aufgefordert, mehr auf die Menschen zuzugehen, sie auch zu hören und ernst zu nehmen.“

(CDU Sachsen)

„Wir müssen noch verstärkter auf Befindlichkeiten der Bevölkerung eingehen, viel stärker in die Bevölkerung hineinhören.“

(SPD Sachsen)

Vor dem Hintergrund des Verlusts fester Parteibindungen (vgl. z. B. Arzheimer, 2012a), die früher als Orientierungs- und Entscheidungshilfe dienten, ist es für die Involvement der Bürger, insbesondere junger Menschen, noch wichtiger geworden, dass sie Politik verstehen (Vetter & Maier, 2005, S. 52), damit sie auch das Interesse an der Politik nicht verlieren. Ohne politisches Interesse werden sich die Bürger kein Wissen aneignen und ohne Wissen fühlen sie sich nicht kompetent. Und ohne Vertrauen in die eigene Kompetenz wird die Teilhabe am politischen Prozess unwahrscheinlich. Dabei müssen alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden: Formal niedriger Gebildete haben ein signifikant geringeres Maß an politischen Kenntnissen, politischem Kompetenzgefühl (Vetter & Maier, 2005), und politischem Interesse als formal höher Gebildete. Erstere nehmen außerdem gemäß der Wissensklufthypothese (vgl. Tichenor et al., 1970) in geringerem Umfang neue Informationen über Politik auf und werden dadurch im Laufe der Zeit weiter abgehängt. Die ohnehin vorhandene und zuletzt bei der Wahlbeteiligung in Bremen zu beobachtende soziale Schieflage in der politischen Teilhabe wird dadurch also weiter verstärkt.

5. Formen von Partizipation

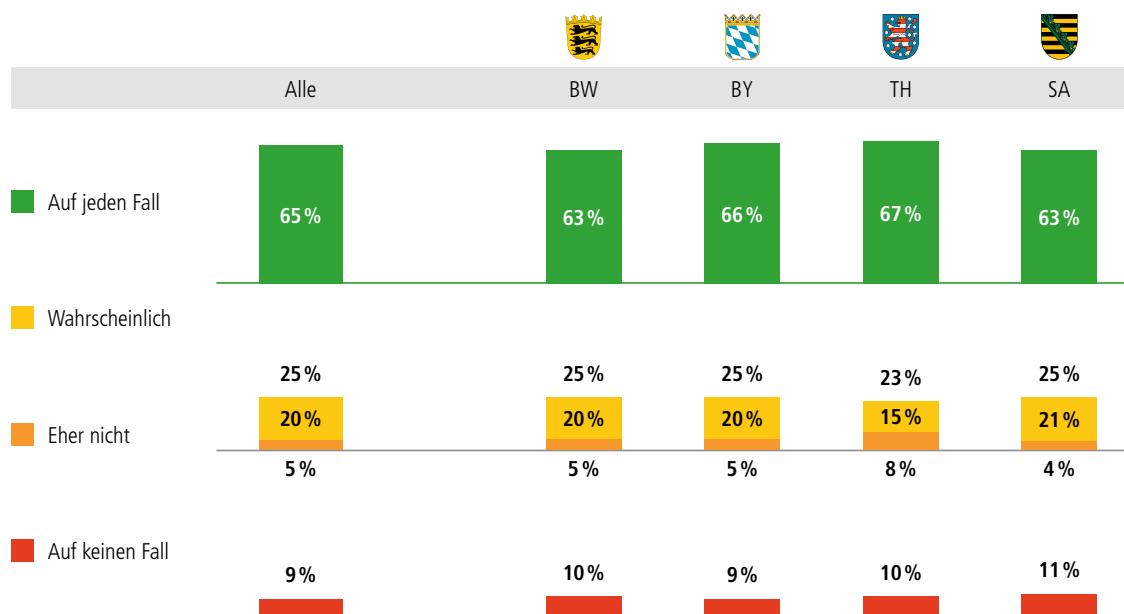
5.1 Wahlbeteiligung

Wahlbeteiligung ist die einfachste Form politischer Partizipation. Auf die Frage „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, wie wahrscheinlich würden Sie dann zur Wahl gehen?“ antworten 65 % der Befragten, dass sie „auf jeden Fall“ zur Wahl gehen würden, 25 % geben an, dass sie „wahrscheinlich“ oder „eher nicht“ wählen gehen und nur 9 % sind kategorische Nichtwähler.

ler, die „auf keinen Fall“ zur Wahl gehen. Zu beachten ist bei Interpretation dieser Werte allerdings, dass Befragte bei Fragen nach ihrer Wahlabsicht grundsätzlich zu sozial erwünschtem Antwortverhalten tendieren. Der Anteil an Nichtwählern ist also tendenziell eher größer – was auch die Wahlbeteiligung von unter 50 % bei der Landtagswahl in Sachsen im August 2014 deutlich gezeigt hat. Zwischen den vier Ländern zeigen sich wiederum lediglich geringe Unterschiede.

Abbildung 4: **Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung**

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, wie wahrscheinlich würden Sie dann zur Wahl gehen?



Basis: Alle Wahlberechtigten (n=3000). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.

Wie auch in Bezug auf politisches Interesse, bestehen signifikante Unterschiede in der Wahlbeteiligung weniger zwischen den Ländern als vielmehr zwischen verschiedenen sozialstrukturellen Merkmalen. Wiederum haben Geschlecht, Alter, formaler Bildungsabschluss und Einkommen den stärksten Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme. Das Muster ist dabei dasselbe wie zuvor bei politischem Interesse. Höhere „sichere“ Wahlbeteiligung besteht bei Männern, Älteren (60+) sowie Befragten mit höherer Schulbildung und höherem Einkommen.

5.2 Zusammenhang zwischen politischem Interesse und Wahlbeteiligung

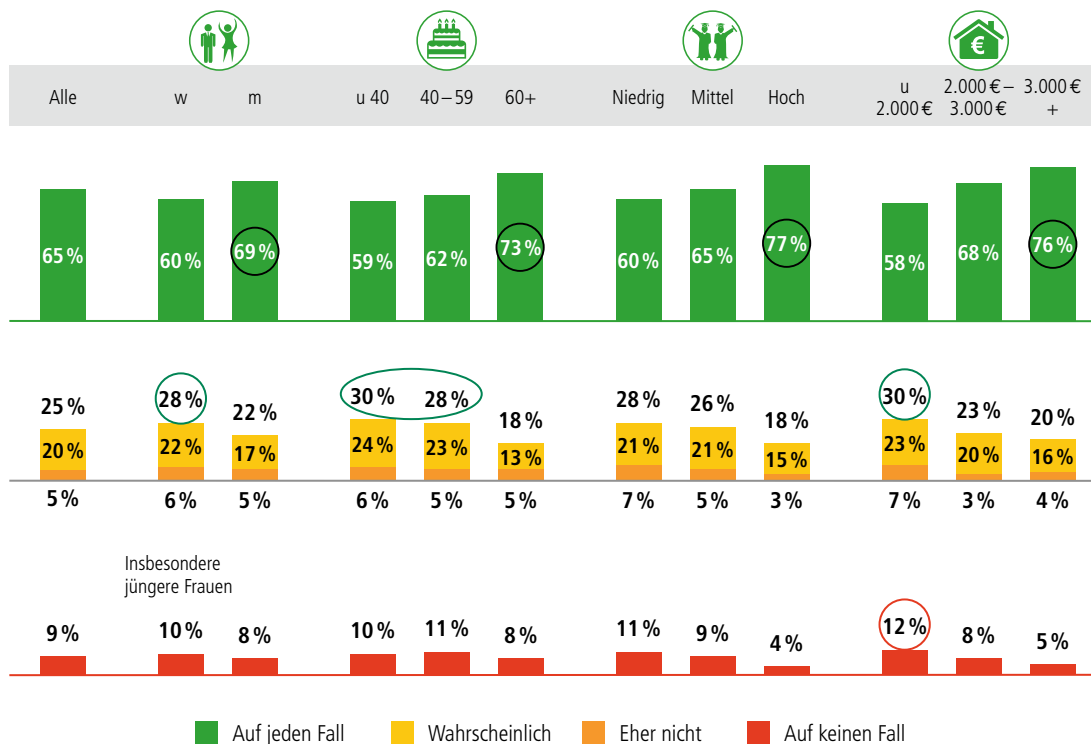
Aus anderen Studienergebnissen geht hervor, dass die Abwesenheit von politischem Interesse die Bereitschaft zur Wahlteilnahme reduziert (Maier, 2000, S. 142). Der Zusammenhang wurde auch im Rahmen dieser Studie untersucht. Auch in der vorliegenden Studie kann ein

deutlicher Zusammenhang zwischen politischem Interesse und der Wahlbeteiligung bestätigt werden. Befragte mit sehr starkem politischem Interesse geben auch zu 86 % an, „auf jeden Fall“ zur Wahl zu gehen. Bei mittelmäßigem Interesse sind es noch 58 % und bei keinem politischem Interesse sind es nur noch 16 % der Befragten, die „auf jeden Fall“ zur Wahl gehen würden.

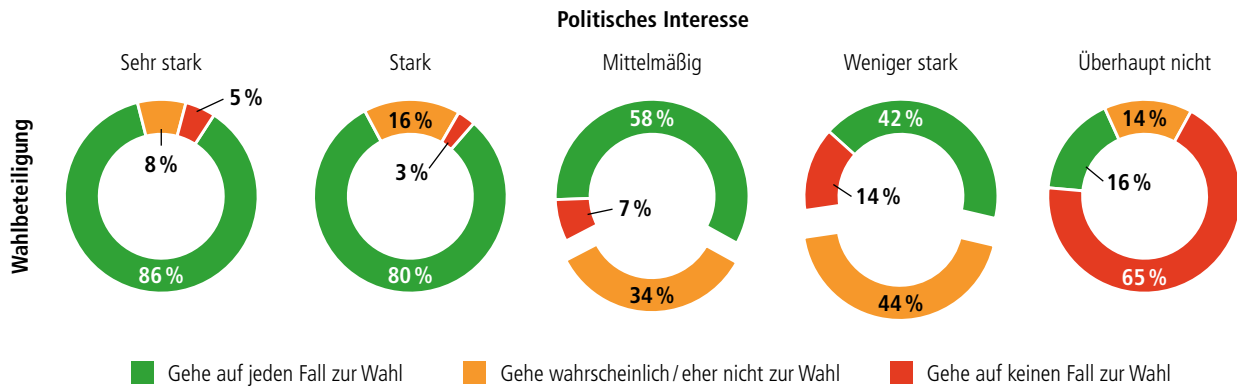
Betrachtet man jene genauer, die ein mittelmäßiges und weniger starkes Interesse an Politik angeben, so wird deutlich, dass nur 7 % der mittelmäßig Interessierten und 14 % der weniger stark Interessierten tatsächlich kategoriale Nichtwähler sind. 34 % der mittelmäßig Interessierten und 44 % der weniger stark Interessierten antworten, dass sie „wahrscheinlich/eher nicht“ zur Wahl gehen. Insgesamt handelt es sich dabei um 18 % der wahlberechtigten Bevölkerung, die weniger oder mittelmäßig politisch interessiert sind, eine Wahlteilnahme aber weder sicher vorhaben noch sicher ausschließen und damit für die Wahlteilnahme in der Demokratie mobilisierbar wäre.

Abbildung 5: Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung nach Sozialstruktur

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, wie wahrscheinlich würden Sie dann zur Wahl gehen?

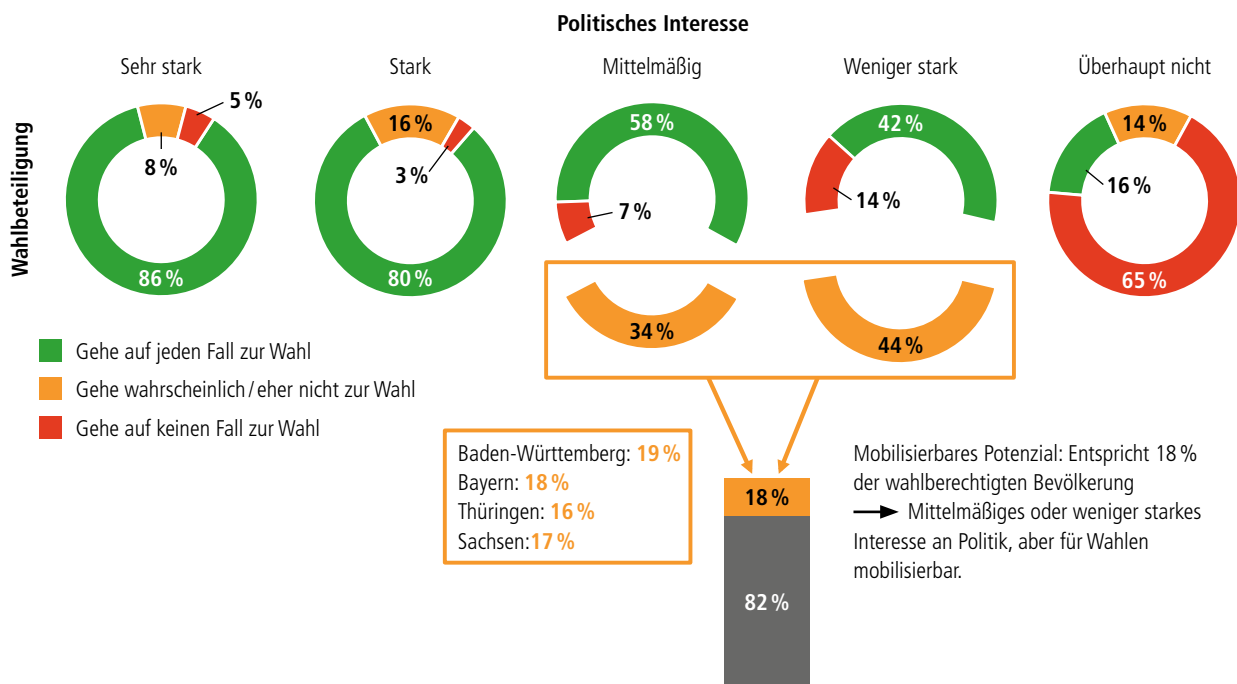


Basis: Alle Wahlberechtigten (n=3000). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.



Basis: Alle Wahlberechtigten (n=3000). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.

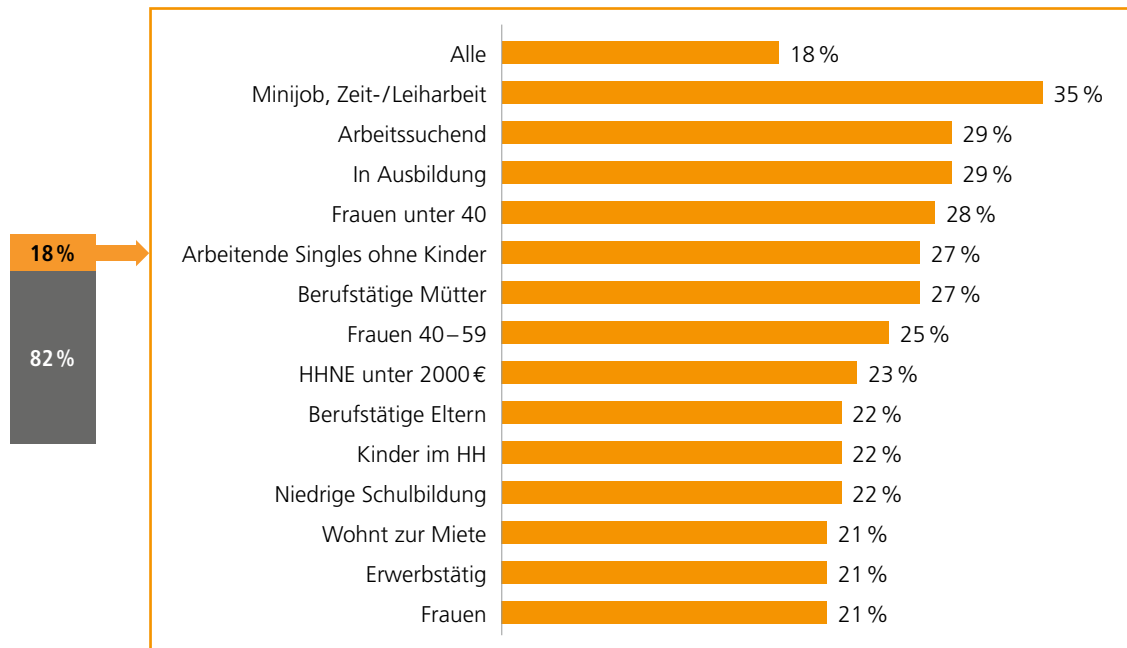
Abbildung 7: Mobilisierbares Potenzial in der wahlberechtigten Bevölkerung



Basis: Alle Wahlberechtigten (n=3000). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.

Schaut man sich diese 18 % der wahlberechtigten Bevölkerung nach demografischen Merkmalen genauer an, so zeigt sich, dass diese überdurchschnittlich häufig in einem prekären Anstellungsverhältnis stehen, arbeits-suchend sind oder sich noch in Ausbildung befinden.

Auch Personen mit niedriger formaler Schulbildung zählen dazu. Ebenso gehören Frauen, besonders jüngere Frauen (unter 40) und berufstätige Mütter, überdurchschnittlich häufig zur Gruppe der mobilisierbaren Wähler mit mittelmäßigem bis geringem Interesse.



Basis: Alle Wahlberechtigten (n=3000).

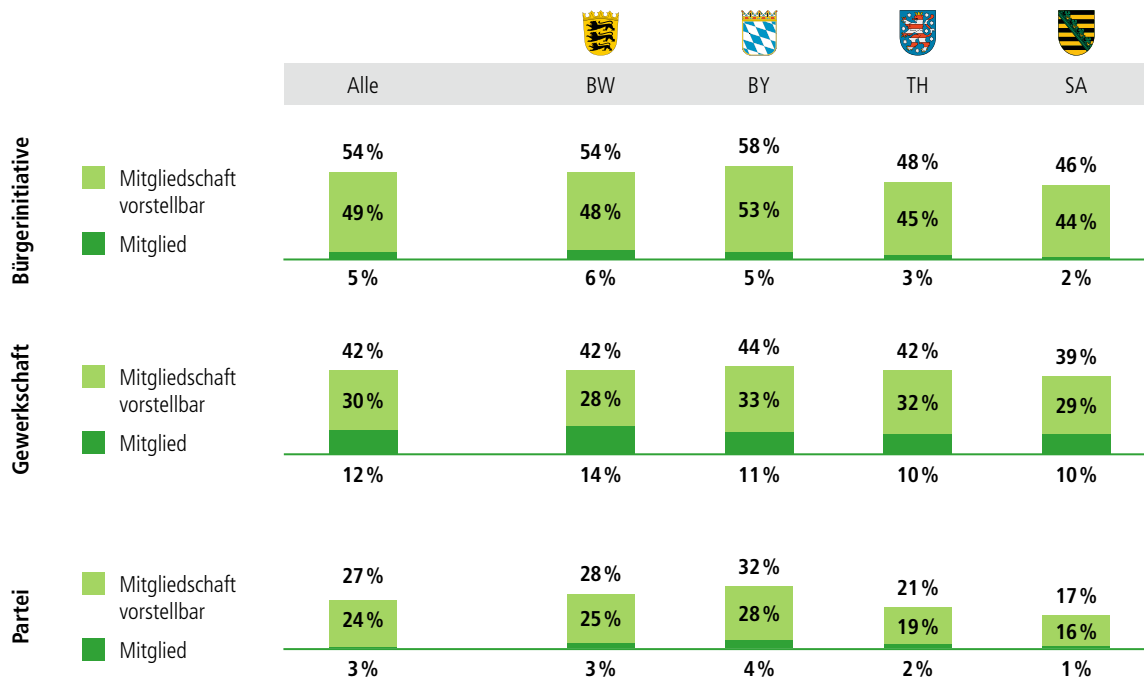
In Bezug auf Einstellungen stimmt diese Gruppe der Aussage „Die Parteien werden sich immer ähnlicher“ mit großer Mehrheit zu. Ihr mittelmäßiges bis weniger starkes politisches Interesse äußert sich darüber hinaus auch in der Zustimmung zu der Aussage: „Manchmal verstehe ich Politik nicht und würde mir wünschen, dass mir Entscheidungen besser erklärt werden.“ Mittelmäßig bis weniger stark Interessierte sind demzufolge nicht völlig desinteressiert, sondern wollen vielmehr Politik besser erklärt bekommen.

5.3 Partizipation jenseits der Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung alleine ist noch kein hinreichender Indikator für politische Kultur und Unterstützung der Demokratie. Politische Beteiligung ist ein weiterer, sehr wesentlicher Messwert, der mehr über die aktive Unterstützung und Legitimation der Demokratie durch die Bevölkerung aussagt als die bloße Wahlteilnahme (Filzmaier, 2009, S. 9).

Wahlberechtigte wurden in dieser Studie gefragt, ob sie sich eine Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative, Gewerkschaft oder Partei vorstellen können oder bereits Mitglied sind: 49 % aller Befragten können sich die Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative am ehesten vorstellen, 30 % die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und 24 % eine Parteimitgliedschaft.

In Bezug auf Parteimitgliedschaft zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen Süd- und Ostdeutschland. Während in Bayern 32 % Parteimitglied sind oder sich das vorstellen können, trifft dies in Sachsen nur für 17 % und in Thüringen nur für 21 % zu. Die Ergebnisse für tatsächliche und vorstellbare Mitgliedschaften sind wiederum mit Vorsicht zu interpretieren, da es zu sogenanntem „Overreporting“ kommen könnte, zum einen durch die höhere Bereitschaft von Mitgliedern, an der Befragung teilzunehmen, zum anderen durch das schon oben angesprochene sozial erwünschte Antwortverhalten. Andere aktuelle Studienergebnisse bestätigen ein geringes Potenzial von Partizipationsbereiten im Osten des Landes (vgl. z. B. Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2014; BMWi,



Basis: Alle Wahlberechtigten (n=3000). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe, Mitgliedschaft nicht vorstellbar. Abweichungen rundungsbedingt.

2015a). Dies wird häufig und durch die befragten Politiker durch ein Akzeptanzdefizit von Parteien im Osten erklärt, das sich aufgrund des Einparteiensystem in der DDR in einer kritischeren Haltung gegenüber Parteien und staatlichen Institutionen ausdrückt (Thumfart, 2001). Die schlechten Erfahrungen durch die DDR-Diktatur mindern im Osten die Bereitschaft, sich einer Partei anzuschließen.

„Man will sich in keiner Partei organisieren, weil man die Zwangsmitgliedschaften einfach satt hatte. Da ist die historische Erfahrung in den neuen Bundesländern eine andere als in den alten.“

(SPD Sachsen)

„Das liegt wahrscheinlich an der DDR-Schädigung. Meine Generation ist noch SED-geschädigt, in der DDR-Zeit aufgewachsen. Wer dieses Regime erlebt hat, schreckt vielleicht davor zurück, sich in einer Partei zu engagieren.“

(CDU Thüringen)

Die befragten Politiker im Osten beschreiben aus eigenen Erfahrungen, dass andere, die sich politischen Organisationen angeschlossen hatten, nach anfänglicher Aufbruchsstimmung teilweise enttäuscht wurden.

„Wir haben ja 1990 neu angefangen, da gab es eine enorme Euphorie. Viele Menschen waren bereit mitzuwirken. Jetzt haben sich viele von den Wendejahren doch zurückgezogen, sind auch ein bisschen enttäuscht, weil sie vieles nicht so gestalten konnten, wie sie es sich vorgestellt hatten und dass Veränderungen sehr langsam gekommen sind.“

(SPD Thüringen)

Bürgerliches Engagement ist im Süden dagegen viel stärker mit Parteizugehörigkeit verknüpft. Parteien blicken hier auf eine längere demokratische Tradition und regionale Verwurzelung zurück, die an die nachfolgende Generation weitergegeben wurde. Auch die Existenz starker Vereinsstrukturen fördert nach Einschätzung der befrag-

ten Politiker parteipolitisches Engagement im Süden sowie eine größere Nähe zwischen Politik und Bürgern, die mehr Zufriedenheit mit der Politik bewirkt.

Bayern und Baden-Württemberg wird durch die befragten Politiker ein anderes Politikverständnis attestiert, das sich insbesondere in einer offeneren Mentalität, einer stärkeren Bürgernähe sowie stärkeren Verknüpfung von bürgerlichem und politischem Engagement und Parteimitgliedschaft ausdrückt.

„In Bayern wird vielleicht Politik anders aufgenommen, kommentiert, verstanden und diskutiert [...] Du gehst [bei uns] da zu jedem Feuerwehrfest hin. Es hängt mit der Mentalität der Menschen zusammen. Der Abstand zum politischen Bereich ist in anderen Ländern vielleicht etwas größer.“

(SPD Bayern)

„Es gibt unterschiedliche Mentalitäten. Das ist hier schon von Ortschaft zu Ortschaft unterschiedlich, von Landkreis zu Landkreis. Wie man im Vereinsleben funktioniert, im Dorf das Leben aktiv organisiert. Jede Ortschaft hat ihre Eigenheiten im Umgang mit Menschen.“

(SPD Baden-Württemberg)

Ursache dessen ist eine länger und kontinuierlich gewachsene demokratische Tradition, die in den Familien an die nächste Generation weitergegeben wurde, ohne einen Transformations- und Umbruchprozess durchlaufen zu müssen. Voreinstellungen und Werte konnten sich fest etablieren und Grundvertrauen sowie feste Strukturen etablieren.

„Speziell in Ulm ist eine sehr interessierte und partizipierende Bevölkerung. Wir hatten Volksentscheide zu Zeiten, wo andere Städte das noch nicht hatten. Wir haben das ja auch in der Stadtverfassung schon seit 600 Jahren drin. Es ist schon eine gewisse Tradition.“

(SPD Baden-Württemberg)

Starke Vereinsstrukturen und Vereinsleben fördern parteipolitisches Engagement und Bürgernähe, die das Verhältnis zwischen Bürgern und Politik begünstigen.

„Wenn man an der Basis, über Ortsgruppen, Kreisverbände, sehr gut verwurzelt ist, ist das eine Stärke, die sich von der Basis nach oben bemerkbar macht.“

(Grüne Bayern)

Während im Osten eine kritischere Haltung und Einstellung gegenüber Parteistrukturen herrscht, die aus den DDR-Erfahrungen einer autoritären Politik von oben resultieren und das Verhältnis zwischen Politik und Bürgern noch immer erschweren, besteht im Süden ein eher kollegialer Politikstil von unten heraus, geringere Skepsis und Parteiendistanz der Gesellschaft sowie Verbundenheit von Politik und Alltagsbereichen.

„Ich glaube, das ist in Bayern besonders ausgeprägt. Speziell Unterfranken hat eine ausgeprägte Fest- und Feierkultur. Da sind die Möglichkeiten des Bürgerkontakts über diese Schiene immens hoch. Deutlich höher, als ich das von Kollegen aus anderen Bundesländern kenne.“

(SPD Bayern)

„Traditionell sind wir als Abgeordnete, vor allem von der CDU, immer nah bei den Leuten dran. Wir haben sehr viele Veranstaltungen im Jahr, sind bei vielen Veranstaltungen. [...] Ich sehe den Austausch mit den Menschen als durchaus gegeben, sehe auch nicht den Abstand zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Vertretern. Ich denke, dass das oft überzogen dargestellt wird.“

(CDU Baden-Württemberg)

Obwohl politisches Interesse im Osten grundsätzlich vorhanden ist, stehen ein tendenziell geringes Vertrauen in politische Institutionen, Parteien und das politische System sowie das Gefühl, selbst keinen Einfluss zu haben, einer Partizipation in Parteien entgegen. Die Bereitschaft zur aktiven Unterstützung einer Partei steht dabei in deutlichem Zusammenhang mit der Zufriedenheit mit dem Funktionieren des demokratischen Systems.

6. Zufriedenheit mit dem Funktionieren des demokratischen Systems

Politische Partizipation bedeutet Unterstützung und Legitimation des politischen Systems. Eine geringe Bereitschaft der Bevölkerung zu politischer Beteiligung und Engagement ist unter diesem Gesichtspunkt für die Akzeptanz eines politischen Systems bedenklich. In der Studie wurde die wahlberechtigte Bevölkerung im Süden und Osten gefragt, inwieweit sie der Aussage *„Alles in allem funktioniert das demokratische System in Deutschland gut“* zustimmen. Dabei zeigt sich, dass die Zufriedenheit mit dem Funktionieren des demokratischen Systems im Osten niedriger ist, insbesondere in Sachsen. Insgesamt stimmen 60 % aller Befragten „eher (6 bis 8)“ oder „voll und ganz (9 bis 10)“ zu. Am höchsten ist die Zustimmung mit 67 % in Baden-Württemberg, gefolgt von Bayern mit 62 %. In Thüringen stimmen nur noch 51 % der Befragten mit der Aussage überein, in Sachsen sind 48 %, also weniger als die Hälfte, der Meinung, dass das demokratische System in Deutschland gut funktioniert.

Unter Beachtung sozialstruktureller Bevölkerungsgruppen ist feststellbar, dass vor allem die mittleren Altersgruppen (40 bis 59 Jahre) und die Älteren (60+) das demokratische System weniger unterstützen. Diese stimmen auch der Aussage, dass das demokratische System gut funktioniert, weniger zu, in Sachsen nur zu 44 %. Die Jüngeren (unter 40) sind deutlich weniger unzufrieden.

Trotz des konjunkturellen und industriellen Aufschwungs wirtschaftsstarker östlicher Regionen und Standorte in den Jahren 2014/2015, positiver Tendenzen in der Entwicklung des Dienstleistungssektors (vgl. ifo, 2014) sowie der fortschreitenden und stetigen Angleichung von West und Ost seit der deutschen Einheit besteht eine Diskrepanz zwischen Ost und West in der Bewertung der Demokratie (BMW, 2015a, S. 19), die unabhängig von der derzeitigen Wirtschaftssituation noch auf unterschiedlichen positiven und negativen Nachwundererfahrungen beruht. Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung von der

Mehrheit der Deutschen in Ost und West seit 1990 durchwegs positiv beurteilt wird (BMW, 2015a, S. 19), ist eine vollständige Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost- und Westdeutschland ferner noch nicht vollzogen (vgl. Holtmann, Ragnitz, Völkl, 2012; BMW, 2015a), wobei hier stark zwischen verschiedenen Standorten und Regionen mit unterschiedlichen Potenzialen, Vor- und Nachteilen zu differenzieren ist (vgl. Holtmann, Ragnitz, Völkl, 2012). Dafür spricht auch die Stimmung in Sachsen, die trotz Demokratieskepsis durch Selbstbewusstsein, Lokalpatriotismus und eine relativ hohe Grundzufriedenheit gekennzeichnet ist.

Bei nochmaliger Betrachtung des zu Beginn dargestellten Stimmungsbildes in den Ländern wird aber auch ersichtlich, weshalb die Zufriedenheit mit der Demokratie im Osten negativer ausfällt als im Süden. Viele Menschen im Osten sind mit ihrer persönlichen Situation unzufrieden. Insbesondere bei sozial schwächer gestellten und mittleren bis älteren Bevölkerungsschichten ist die ernüchternde Bilanz nach Abgleich der persönlichen Entwicklung seit 1990, dass sie nach der Wende nicht „Fuß fassen“ konnten, es ihnen schlechter geht als zu DDR-Zeiten. Sie sehen sich als „Wendeverlierer“.

„Es gibt eine Schicht zwischen 50 und 60, darunter viele Frauen, die nach der Wende nie wieder Arbeit gefunden haben. Das ist ein Frustrationspotenzial.“

(SPD Thüringen)

„Das ist über Jahre entstanden, vielleicht gerade in Thüringen, weil wir hier eine sehr hohe Arbeitslosigkeit haben. Dass sich Bürger nicht mitgenommen gefühlt haben. Die blühenden Landschaften sind bei vielen noch im Kopf.“

(SPD Thüringen)

Neben den „Wendeverlierern“ gibt es auch diejenigen, die sich von der Wende mehr erhofft hatten. Diese „Un-

zufriedenen“ sind enttäuscht, dass auch 25 Jahre nach der deutschen Einheit noch wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten bestehen, beispielsweise bei Tarifsystemen oder Renten.

„Die Verwirklichung der deutschen Einheit ist nach wie vor ein Problem für die, die unterschiedliche Renten und Löhne bekommen und auch ein unterschiedliches Empfinden des ‚Angekommenseins‘ haben.“

(Linke Thüringen)

Diese Frustrpotenziale durch Wende- und Modernisierungsprozesse wirken sich negativ auf die Demokratiezufriedenheit und -unterstützung aus. Statt in Partizipation münden die Enttäuschungen in Demokratieskepsis, Desillusionierung und Resignation. Betroffene wirken ferner als Multiplikatoren der enttäuschten Stimmung in ihrem persönlichen Umfeld, sodass negative Einstellungen, Enttäuschungen und Frustrpotenzial durch Sozialisation weitergegeben werden und in der Summe in die politische Kultur einfließen sowie auch an die folgende Generation weitergegeben werden.

„Die Verlierer dieser Wendezeit, die die beruflichen Einschnitte hinnehmen mussten, sind zwar eigentlich überwiegend nach 25 Jahren in den Rentenstand abgewandert, dennoch wirken diese Leute natürlich in ihren Familien und Aktionskreisen so, dass diese Enttäuschungsstimmung noch nicht so ganz verschwunden ist.“

(SPD Thüringen)

Eine Gefahr, die Demokratieunzufriedenheit birgt, ist die Hinwendung zu populistischen Strömungen oder rechtsradikaler Gesinnungen, die durch Frustration und Enttäuschung begünstigt werden (vgl. Zick & Klein, 2014). Durch die Wahl populistischer Parteien wird dieser Enttäuschung Ausdruck verliehen. Veränderungen werden nicht erwartet, Resignation hat sich eingestellt. Damit einher geht ein geringes Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik und Parteien.

„Natürlich wechselt so ein gewisses Frustrwählerpotenzial immer mal die Parteirichtung, wo sie merken, damit können sie jetzt am meisten das System ärgern. Und dann hat man mitunter vor Jahren auch mal den Rechten mehr Stimmen gegeben, ohne dass dahinter alles NPD-Anhänger stehen und jetzt ist das in die AfD gemündet.“

(SPD Thüringen)

Während im Osten nach der Wende die persönliche Bilanz bei vielen eher negativ ausgefallen ist, hat das „Wirtschaftswunder“ in der Bundesrepublik zu positiven Demokratieerfahrungen und Selbstwirksamkeitserfahrungen beigetragen.

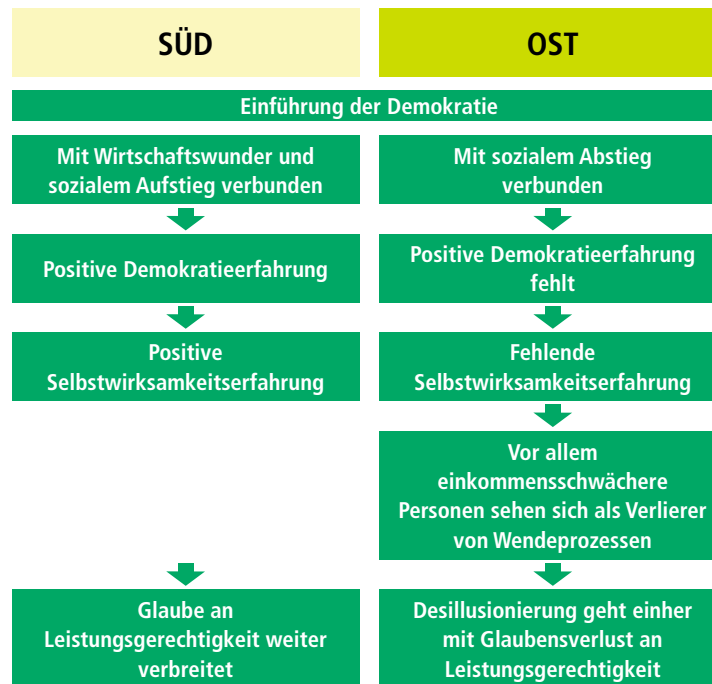
„Im Westen ist in der Nachkriegszeit die Einführung der Demokratie mit dem Wirtschaftswunder verbunden, und für viele Leute mit einem persönlichen Aufstieg. Im Osten ist die Einführung der Demokratie für viele Menschen mit einem sozialen Abstieg verbunden, das heißt, eine positive Demokratieerfahrung fehlt.“

(SPD Sachsen)

Die Erfahrung der Wirksamkeit des eigenen Handelns steht im Zusammenhang mit den eigenen wahrgenommenen Handlungsmöglichkeiten innerhalb eines Systems, der Lebenszufriedenheit und der Unterstützung des politischen Systems. Sie bezeichnet Erfolgserfahrungen, die zum optimistischen Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit führen, auch unter hohen Anforderungen oder Hindernissen (vgl. Bandura, 1977).

Selbstwirksamkeitserfahrung ist eine Art Bilanz, die der Bürger zieht, und steht mit der sozialen Position, der Höhe der Anforderungen, persönlichen Erfolgen und Misserfolgen sowie den eigenen Möglichkeiten in engem Zusammenhang. Selbstwirksamkeitserfahrung begünstigt Handeln, Engagement und Partizipation und ist mit dem Glauben verbunden, dass Leistung sich lohnt. Bayern und Baden-Württemberg sind durch geringe Arbeitslosigkeit, ein hohes Lohnniveau, große Konzerne und einen breiten Mittelstand gekennzeichnet. Auch vielen Landkreisen und Regionen geht es im Süden haushaltspolitisch sehr gut und sie können dementsprechend politische Projekte vorantreiben, was von der Bevölkerung anerkannt wird.

Abbildung 10: **Fehlende Selbstwirksamkeitserfahrung im Osten schmälert den Glauben an die Leistungsgerechtigkeit**



Basis: 30 explorative qualitative Interviews mit Politikern auf Kommunal- und Landesebene.

„Der Kreis steht auch sehr gut da. Wirtschaftlich, finanziell. Bewegt vieles, macht vieles im Umweltschutz, Naturschutz, treibt viele soziale Projekte voran. Das wird von den Bürgern akzeptiert und honoriert.“

(SPD Baden-Württemberg)

Demokratie-, Politiker- und Parteiverdrossenheit sind im Süden weniger verbreitet als im Osten. Das Grundvertrauen ist stärker ausgeprägt und führt bisweilen sogar zu Passivität aufgrund persönlichen Wohlstandes.

„Ich habe so den Eindruck, dass die Einstellung vorherrscht: Das ist mir egal, was die in der Gemeinde und im Kreis machen, die machen das schon. Und wenn ich was habe, gehe ich sowieso zu dem oder jenem hin und sage es ihm. Die Menschen sind im Großen und Ganzen eigentlich zufrieden.“

(SPD Bayern)

„Die Bürger sind sehr offen, kritisieren natürlich auch, auch die Politik der CSU, aber wenn man dann sagt ‚Wir wollen das so und so‘, das ist überhaupt nicht schwer. Natürlich gibt es Konfliktsituationen. Das ist Demokratie. Insgesamt ist es eine gute Kultur im Dialog miteinander.“

(SPD Bayern)

Im Osten sind im Gegensatz zum Süden politisch stärker Interessierte nur wenig zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie. Lediglich knapp die Hälfte der (sehr) stark an Politik Interessierten ist zufrieden. Als Fazit kann an dieser Stelle daher festgehalten werden, dass es nicht an politischem Interesse mangelt, in breiten Bevölkerungsschichten, im Osten mehr als im Süden, jedoch Unzufriedenheit darüber herrscht, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert. Dies wirkt sich negativ auf die politische Partizipation aus.

„Es gibt mit Sicherheit eine gewisse Parteiverdrossenheit, die gibt es bundesweit, einen kritischen Umgang mit der Demokratie. Andererseits merke ich aber auch, dass das Interesse an Politik da ist, was sich vielleicht nicht unbedingt bei den Wahlen fortsetzt. Da müssen wir alle kämpfen, dass die Leute wieder zur Wahl gehen, weil Demokratie ja nur dann gut ist, wenn man wählen geht. Sich nur zu interessieren, reicht nicht ganz.“
(CSU Bayern)

Was bedeutet Demokratieunzufriedenheit für das Verhältnis zwischen Bürgern und Politik? Das Gefühl eigener Machtlosigkeit und Resignation resultiert in der negativen Erwartung, dass auch die Politik nichts ausrichten wird und umgekehrt. Befragte Politiker im Osten beschreiben dies folgendermaßen:

„Man denkt auch, dass Parteien im Grunde nichts bewirken können. Das Verständnis, dass Politik über Parteien zu gestalten ist, ist hier nicht in dem Ausmaß wie in den alten Bundesländern vorhanden.“
(SPD Sachsen)

Um politisches Engagement und Demokratieunterstützung zu erhöhen, müssen vor allem eigenes Kompetenzgefühl und positive Demokratieerfahrungen gestärkt werden, damit die Bevölkerung sich stärker mit dem demokratischen System identifizieren und Vertrauen in die Vertreter der Demokratie aufbauen kann (BMW, 2005a, S. 5).

7. Themen und Einstellungen

Bisherige Studien, die östliche und westliche Bundesländer nach der Wende miteinander verglichen haben, kamen zu dem Ergebnis, dass sich der Osten hinsichtlich politischer und grundlegender Werteorientierungen sowie Einstellungen deutlich vom Rest Deutschlands unterscheidet (Kreis, 2010, S. 11). Insbesondere im Bereich des Wirtschafts- und Sozialsystems wurden unterschiedliche Präferenzen zwischen Ost und West durch langfristig stabile Sozialisierungseffekte identifiziert (vgl. Arzheimer, 2012b). Als zentrale Einstellungsunterschiede wurden im Osten höhere Erwartungen an den Staat gemessen, die sich beispielsweise in der Forderung des Ausbaus staatlicher Leistungen ausdrücken oder in der stärkeren Zuschreibung von staatlicher Verantwortung zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit (vgl. Arzheimer & Klein, 2000; vgl. Arzheimer & Rudi, 2007). Des Weiteren wird die Einkommensverteilung im Osten deutlich ungerechter empfunden und dem Staat mehr Verantwortung zur Beseitigung zugeschrieben (Arzheimer, 2012b). Weitere Unterschiede, die bereits erhoben wurden, sind eine negativere Einstellung des Ostens zum Thema Migration und eine positivere Einstellung gegenüber der Berufstätigkeit von Frauen (Arzheimer, 2012b).

Als Grund für Einstellungsunterschiede und deren Stabilität nach der Wende wird zum einen auf Unterschiede der Bevölkerungsstrukturen verwiesen. Durch Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen und durch einen geringen Zuzug von Migranten sind die neuen Bundesländer weniger heterogen und mit einem höheren Durchschnittsalter (Arzheimer, 2012b, S. 2). Unabhängig vom aktuellen politischen System werden zum anderen Werte, Einstellungen und Erwartungen, die zu Zeiten der DDR galten und durch Sozialisation in Familien erworben wurden, an die Kinder und Enkel weitergegeben (Arzheimer, 2012b, S. 2). An dritter Stelle wird in der Forschung außerdem auf unterschiedliche Lebensbedingungen im Osten und Westen verwiesen, die „auch nach mehr als zwei Jahrzehnten nach der Wiedervereinigung [...] keinesfalls einheitlich sind“. Der Osten ist im Durch-

schnitt noch immer „ärmer und weniger produktiv“ (Arzheimer, 2012b, S. 2; zu ähnlichen Ergebnissen kommen auch Holtmann, Ragnitz, Völkl, 2012).

Wie sieht es zwischen Osten und Süden sowie zwischen den vier exemplarisch ausgewählten Ländern aktuell aus? Bestehen Einstellungsunterschiede, die auf unterschiedliche politische Kulturen schließen lassen? Welche Gerechtigkeitsvorstellungen und Erwartungen an den Staat existieren im Süden und Osten? Insbesondere mit Blick auf die unterschiedliche Stimmungslage im Osten und Süden, die dafür spricht, dass sich der Osten tatsächlich als wirtschaftlich abgehangter wahrnimmt, sind die sich daraus ergebenden Einstellungen und Themenpräferenzen von Interesse.

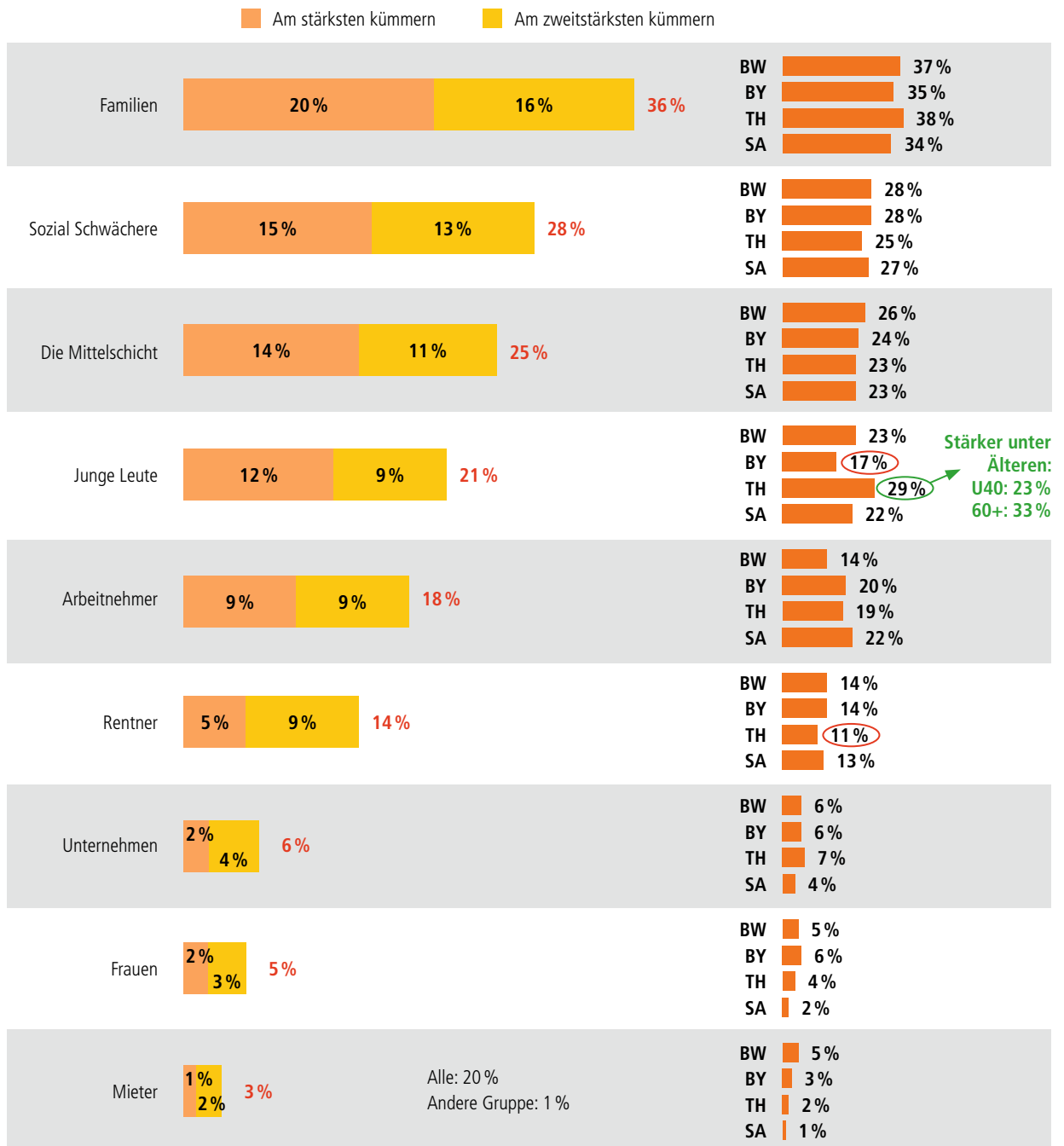
7.1 Politische Prioritäten und Wahrnehmung von Themen

Zum Vergleich der Relevanz von politischen Themen im Süden und Osten wurden die Befragten zunächst nach der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppe gefragt, um die sich Politik kümmern sollte: *„Um welche dieser Gruppen sollte sich die Politik am stärksten kümmern? Und um welche am zweitstärksten?“* Familien werden zu 36 % als wichtigste oder zweitwichtigste Gruppe angegeben und stehen damit länderübergreifend an erster Stelle. Mit 28 % bilden sozial Schwächere an zweiter Stelle eine sehr wichtige gesellschaftliche Gruppe, um die sich Politik kümmern sollte. 25 % aller Befragten sind der Meinung, dass sich Politik am stärksten oder zweitstärksten um die Mittelschicht kümmern muss. An vierter Stelle folgen junge Leute mit 21 %. Hier zeigen sich deutliche Länderunterschiede: Während junge Leute in Bayern nur einen Wert von 17 % erreichen, fordern 29 % der wahlberechtigten Thüringer, dass sich die Politik stärker um diese Gruppe kümmern soll. Insbesondere die Älteren (60+) fordern mit 33 % eine stärkere Fokussierung auf junge Menschen, unter den jüngeren Menschen selbst

(unter 40) sind es 23 %. Hier wird deutlich, dass mit der Alterung der Gesellschaft, der Abwanderung junger Menschen aus dem Osten und einem geringen Zuzug (Arzheimer, 2012b, S. 2) ein Problem der zukünftigen Bevölkerungsstruktur vorliegt, dem sich die Politik nach

Meinung der Befragten stärker annehmen soll. Die Zahl an Zuzügen beispielsweise in Thüringen übertraf erst 2013, erstmals seit 1996, wieder in geringem Maße die Zahl an Fortzügen (vgl. Friedrich-Schiller-Universität Jena, 2014).

Abbildung 11: Gruppen, um die sich die Politik kümmern soll nach Wichtigkeit insgesamt und in den Ländern

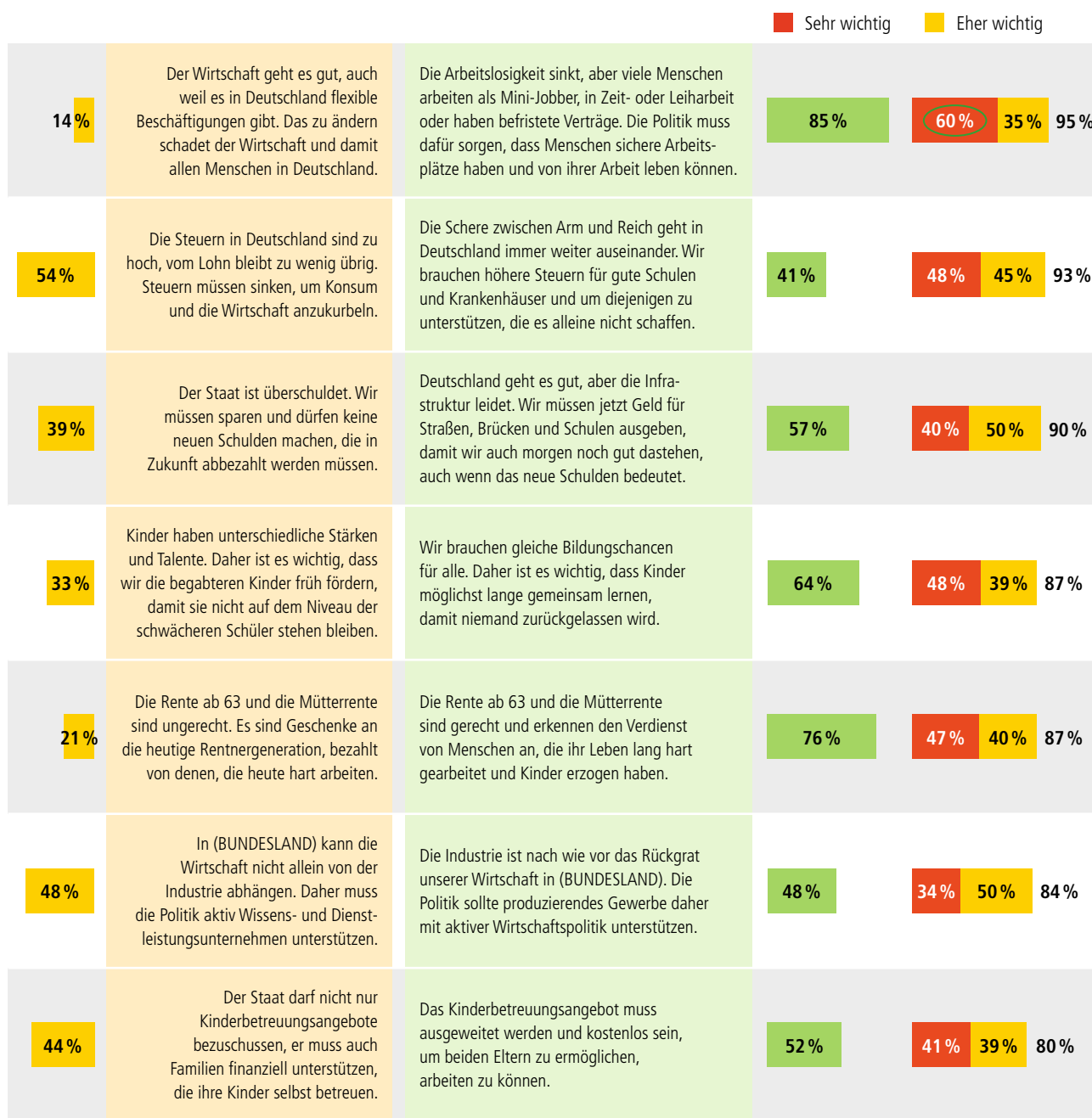


Basis: Wahlberechtigte (n=1615). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.

Gefragt wurden die Wahlberechtigten darüber hinaus nach der Wichtigkeit konkreter Themen und ihrer Sichtweise auf die Themen: „Ich lese Ihnen jetzt jeweils zwei

Sichtweisen zu einem Thema vor. Bitte sagen Sie mir, welcher Sichtweise Sie eher zustimmen. Und wie wichtig ist Ihnen dieses Thema?“

Abbildung 12: Bewertung und Wichtigkeit von Themen insgesamt



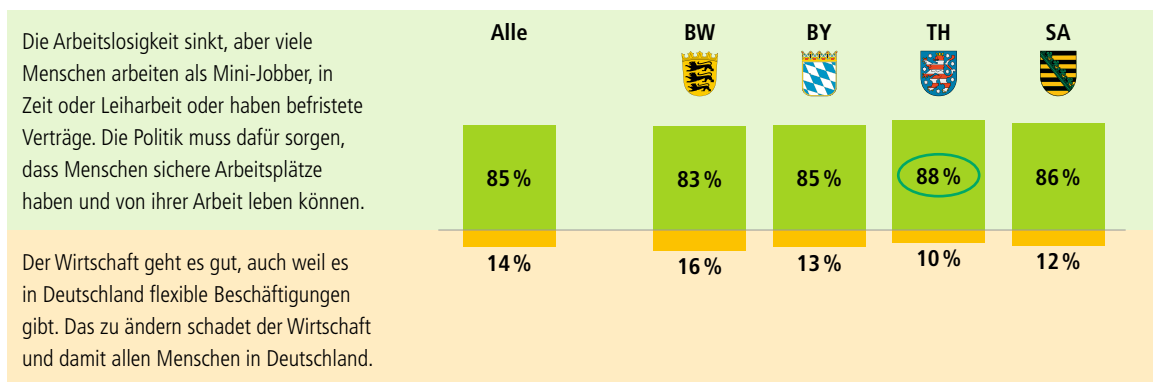
Basis: Wahlberechtigte (n=1500). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.

Für die große Mehrheit der Wahlberechtigten (95 %) stehen „sichere Arbeitsplätze“ an erster Stelle aller abgefragten Themen. Dabei sind 85 % gegen flexible Beschäftigung, mit 88 % wird dies am stärksten in Thüringen abgelehnt. Stattdessen besteht die Forderung nach festen und sicheren Arbeitsplätzen, von denen Menschen „leben können“. Besonders im Osten sind Erwartungen an den Staat hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik hoch. Das „Recht auf Arbeit“ für jeden Bürger wird deutlicher gefordert, wie in der Vergangenheit auch andere Untersuchungen belegen konnten (vgl. Arzheimer, 20005 & 2012b). Hinzu kommt, dass im Vergleich zum Süden eine größere Zahl von Bürgern existiert, die aus wirtschaftlich schlechter gestellten Gesellschaftsschichten stammt, die

Arbeitslosigkeit ist höher, das Lohnniveau niedriger, der Mittelstand kleiner und der Wunsch nach Sicherheit damit höher.

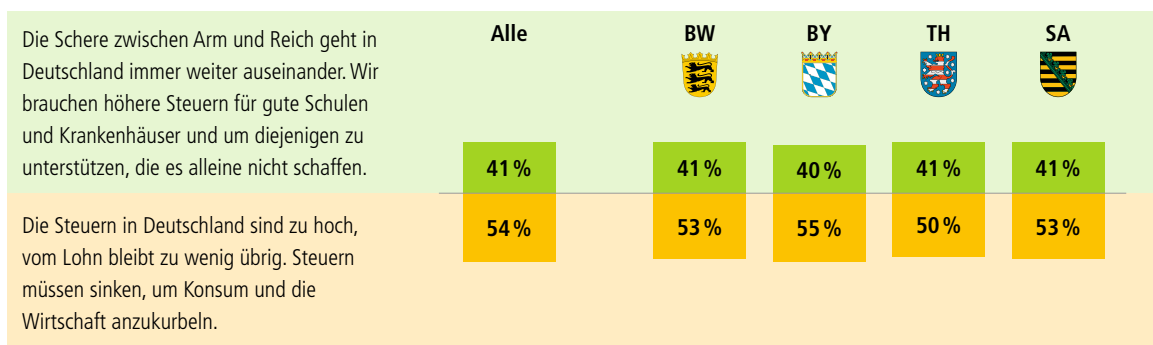
An zweiter Stelle der Wichtigkeit folgt das Thema „Steuern“ mit 93 %. Etwas mehr als die Hälfte aller Befragten (54 %) ist der Ansicht, dass die „Steuern zu hoch sind, vom Lohn zu wenig übrig bleibt und Steuern sinken müssen, um Konsum und Wirtschaft anzukurbeln.“ Vor allem Jüngere, Angestellte und mittlere Einkommensgruppen sind für niedrigere Steuern. 41 % hingegen vertreten die Meinung, dass höhere Steuern angesichts der aktuellen Aufgaben des Staats durchaus gerechtfertigt werden können.

Abbildung 13: Flexible Beschäftigung vs. sichere Arbeit



Basis: Wahlberechtigte (n=1500). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.

Abbildung 14: Steuererhöhung vs. Steuersenkung



Basis: Wahlberechtigte (n=1500). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.

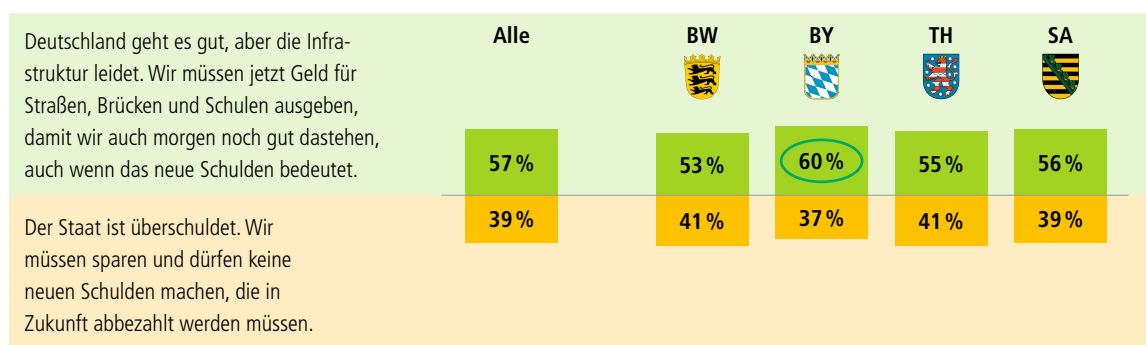
Beim nächstwichtigsten Thema „Investitionen versus Einsparungen“ (90 % Wichtigkeit) sind 57 % der Befragten für mehr Investitionen in Infrastruktur und Schulen, „auch wenn das neue Schulden bedeutet“. Vor allem die bayerische Bevölkerung stimmt mit 60 % für mehr Investitionen.

Das Thema „Bildung“ besitzt eine Wichtigkeit für 87 % der Befragten. Hier ist eine deutliche Mehrheit von 64 %, insbesondere Frauen, für gleiche Bildungschancen und langes gemeinsames Lernen, „damit niemand zurückgelassen wird“. Insbesondere in Thüringen sind überdurchschnittliche 68 % für gleiche Bildungschancen. In Baden-Württemberg ist die Zustimmung zu gemeinsamem

Lernen mit 59 % am geringsten, mit 37 % ist ein größerer Anteil als in den anderen drei Ländern für frühzeitige Förderung von Schülern mit besseren Noten – also die schnelle Segregation im Bildungssystem.

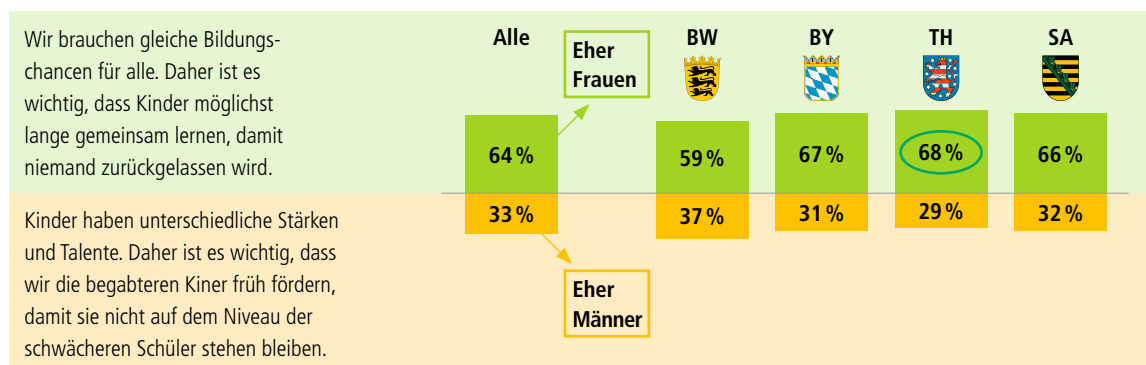
Gleichauf mit der Wichtigkeit von Bildung steht das Thema „Rente“ (87 %). Eine deutliche Mehrheit von 76 % ist der Ansicht, dass die Rente ab 63 und die Mütterrente gerecht sind und „den Verdienst von Menschen anerkennen, die ihr Leben lang hart gearbeitet und Kinder erzogen haben“. Nur 21 % empfinden die Rente ab 63 und die Mütterrente als ungerecht und verstehen sie als „Geschenke an die heutige Rentnergeneration, bezahlt von denen, die heute hart arbeiten“. Noch stärker wird das

Abbildung 15: Sparen vs. Investitionen



Basis: Wahlberechtigte (n=1500). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.

Abbildung 16: Gemeinsames Lernen vs. Elitenförderung



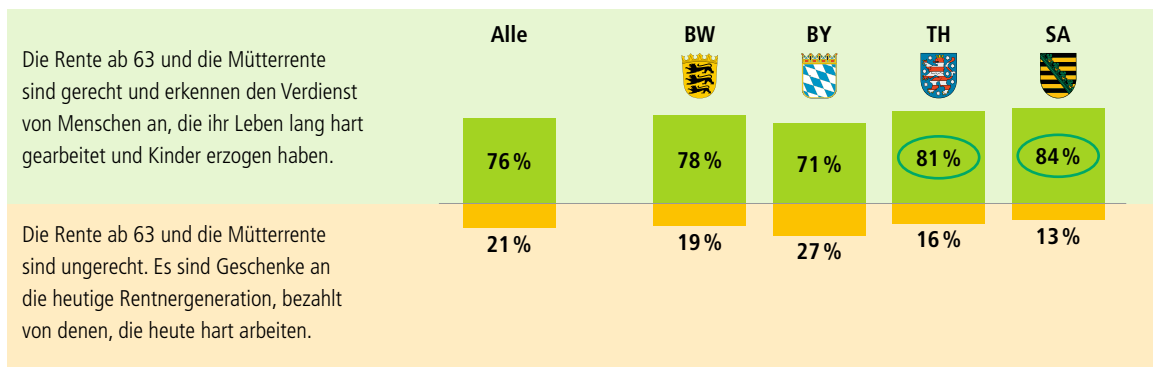
Basis: Wahlberechtigte (n=1500). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.

Rentenpaket im Osten mit 81 % in Thüringen und 84 % in Sachsen befürwortet sowie von Frauen und Menschen mit niedrigerem Einkommen. Selbstständige und Wahlberechtigte mit höherem Einkommen betrachten das Rentenpaket kritischer.

Das Thema „Wirtschaftspolitik“ ist für 84 % der Wahlberechtigten wichtig. Mit jeweils 48 % Zustimmung sind die Meinungen gespalten, ob die Wirtschaftspolitik aktiv Wissens- und Dienstleistungsunternehmen unterstützen sollte oder vor allem produzierendes Gewerbe und Industrie. Länderübergreifend sind Ältere (60+) eher für die Förderung der Industrie, jüngere Befragte (unter 40) sind eher für die Unterstützung des Wissens- und Dienstleistungssektors. Interessant ist hier der Blick auf die Länder: Im Süden sind Befragte in Baden-Württemberg – dem

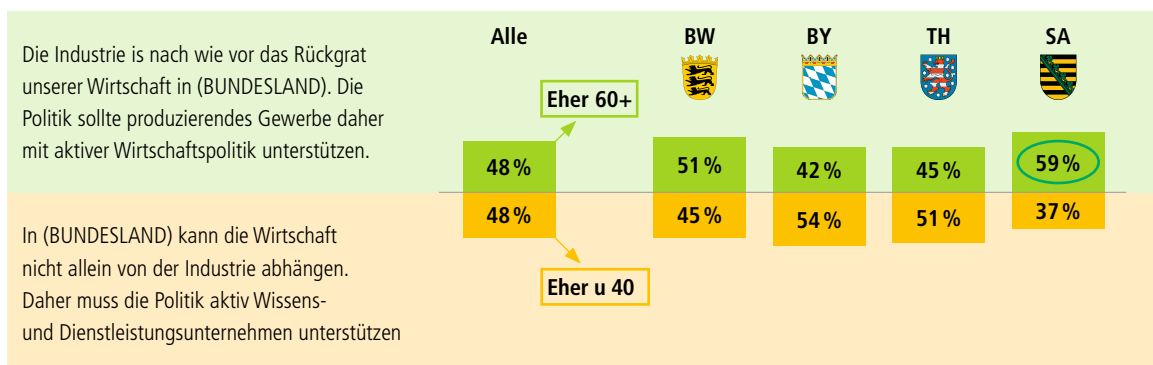
Bundesland mit dem höchsten Industrieanteil in Deutschland – mehrheitlich für eine Wirtschaftspolitik mit industriellem Fokus. Die Bayern sind eher für die Unterstützung der Wissens- und Dienstleistungsbranche. Auch der Osten ist gespalten: Befragte in Sachsen sind mehrheitlich für die Förderung von Industrie, Befragte in Thüringen – dem Bundesland mit dem höchsten Industrieanteil innerhalb Ostdeutschlands (vgl. BMWi, 2015b) – sind mehrheitlich für eine Förderung der Wissens- und Dienstleistungsbranche. Die Stimmungslage im Osten reflektiert dabei die Struktur der jeweiligen Wirtschaft: Während sich die Wirtschaft Thüringens an Wachstumsfeldern mit Zukunft wie zum Beispiel Solartechnik, Informations- und Kommunikationstechnologien orientiert, hat Sachsen eine starke Stellung mit weltmarktführenden Unternehmen besonders in traditionellen Märkten (vgl. Braun et al., 2014).

Abbildung 17: Rente ab 63 und Mütterrente



Basis: Wahlberechtigte (n=1500). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.

Abbildung 18: Förderung von Industrie vs. Dienstleistungen



Basis: Wahlberechtigte (n=1500). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.

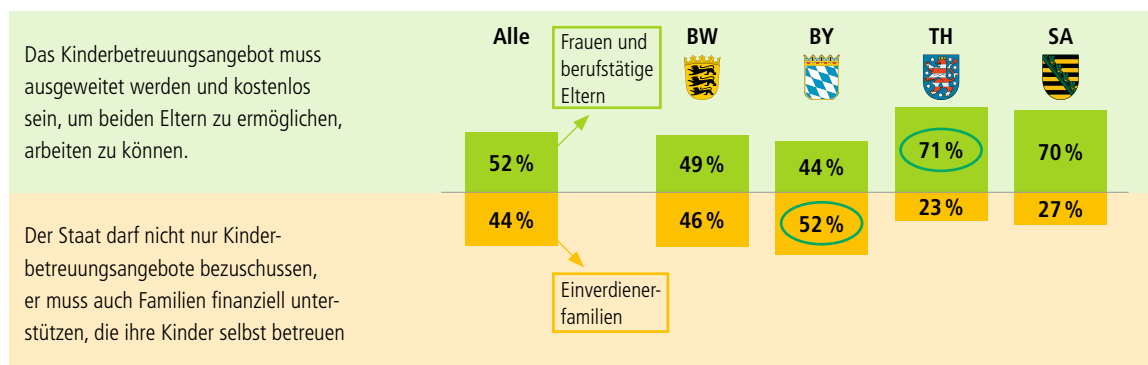
An letzter Stelle, aber immer noch mit einer Wichtigkeit von 80 %, steht das Thema „Kinderbetreuung“. Bei der politischen Prioritätensetzung zeigt sich jedoch erneut ein gespaltenes Bild. Etwas mehr als die Hälfte (52 %) ist für eine Ausweitung des Kinderbetreuungsangebots sowie für kostenlose Kinderbetreuung, „um beiden Eltern zu ermöglichen, arbeiten zu können“. Insbesondere Frauen und berufstätige Eltern stimmen hier überdurchschnittlich zu. 44 % sind dafür, nicht nur Kinderbetreuungsangebote zu bezuschussen, sondern „auch Familien finanziell zu unterstützen, die ihre Kinder selbst betreuen“. Hier stimmen insbesondere Einverdienerfamilien zu. Es zeigen sich ferner deutliche Länderunterschiede bei dem Thema „Kinderbetreuung“: Im Osten ist die Befürwortung kostenloser Betreuungsangebote und der Ausweitung der Kinderbetreuung mit 71 % in Thüringen und 70 % in Sachsen viel größer als im Süden. In Bayern unterstützt eine Mehrheit von 52 % die finanzielle Bezuschussung von Selbstbetreuern. In Baden-Württemberg herrscht ein geteiltes Meinungsbild, 49 % sind für kostenlose Betreuung, 46 % für finanzielle Unterstützung von selbstbetreuenden Familien. Dieser Befund entspricht bisherigen Annahmen und Ergebnissen, nach denen egalitäre Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern im Osten stärkere Zustimmung besitzt. Das Doppelverdiener-Modell wurde bereits sehr viel früher unter Frauen und Männern anerkannt, während sich im Westen länger Tendenzen eines „traditionellen männlichen Ernährermodells“ gehalten haben (BMW, 2015a, S. 17).

Insgesamt lässt sich festhalten, dass Themen wie Kinderbetreuung, Renten und Arbeitsmarktpolitik im Osten eine größere Relevanz besitzen als im Süden und hier auch stärkere Erwartungen an den Staat gestellt werden. Auch im Süden besteht jedoch der Wunsch nach einer Politik, die sich für sozial Schwächere, Familien und die Mittelschicht einsetzt. In Thüringen kommt aufgrund der Abwanderungsproblematik ferner hinzu, dass Politik sich verstärkt um junge Menschen kümmern soll.

7.2 Lebenssituation und Einstellungen

In dieser Studie wurden Einstellungen durch die Stärke der Zustimmung zu Aussagen bzw. deren Ablehnung auf einer elfstufigen Skala erhoben. Zentrale Aspekte, die durch die ausgewählten Aussagen abgedeckt werden, betreffen Einstellungen zu Wirtschaft und Leistung sowie Sozialem und Gerechtigkeitseinstellungen. Neben Einstellungen werden auch Aussagen abgefragt, die zeigen, wie die eigene soziale Rolle und Position innerhalb der Gesellschaft bewertet wird. Sie stehen in engem Zusammenhang mit der Lebenszufriedenheit und wirken sich wiederum auf politische Einstellungen und die Bewertung der Gegenwart aus. Dazu zählt beispielsweise die Verbundenheit mit der eigenen Region als Teil der sozialen Identität und Abgrenzung gegenüber „dem Rest“ des Landes. Auch zeitlicher und finanzieller Druck sowie Sorgen vor der Zukunft werden als Aspekte von Lebenszufriedenheit oder Sicherheit erhoben.

Abbildung 19: Kinderbetreuungsangebote vs. finanzielle Förderung von Familien



Basis: Wahlberechtigte (n=1500). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe. Abweichungen rundungsbedingt.

Die Befunde dieser Studie zeigen, dass zwischen Süd- und Ostdeutschland Einstellungsunterschiede vorliegen, die auf unterschiedliche Lebensverhältnisse und Anforderungen zurückzuführen sind und in ihrer Gesamtheit auf unterschiedliche politische Kulturen hinweisen. So steht die Gesamtheit an Einstellungen im Süden und Osten auch mit den Machtverhältnissen der Parteien in den Ländern in engem Zusammenhang.

Zunächst wird ein Blick auf die Anforderungen und Lebensumstände im Süden und Osten geworfen. Unter finanziellem Druck stehen nach eigener Wahrnehmung insgesamt 45 % aller Befragten, am wenigsten fühlt sich die bayerische Bevölkerung mit 42 % finanziell belastet, in Thüringen stimmen 48 % der Aussage „*Egal was ich tue, ich komme finanziell auf keinen grünen Zweig*“ zu, in Sachsen 47 %. Finanzieller Druck wird im Osten demzufolge etwas stärker empfunden. 64 % aller Befragten bereitet es „Sorge, an die Zukunft zu denken“, in Sachsen liegt mit 68 % die höchste Zustimmung zu dieser Aussage vor. Sorge vor der Zukunft steht im Zusammenhang mit finanziellem Druck, denn mit höherem Einkommen nimmt diese Sorge deutlich ab.

Ein Problem der jüngeren Generation ist vor allem Hektik im Alltag. Insgesamt stimmen 72 % der unter 40-jährigen Befragten der Aussage zu: „*Das Leben wird immer hektischer. Manchmal weiß ich nicht, wie ich allen Anforderungen gerecht werden soll.*“ Insgesamt stimmen dem 62 % aller Befragten zu. Insbesondere junge Frauen und Erwerbstätige mit Kindern fühlen sich gehetzt, so ist auch Zeitmangel unter Jüngeren und berufstätigen Eltern länderübergreifend stärker ausgeprägt.

Zum Lebensgefühl in den Bundesländern zählt auch die Verbundenheit mit der Region. Die Zustimmungswerte zu der Aussage „Ich habe eine starke Verbundenheit mit der Gegend, in der ich lebe“ liegen in Thüringen (85 %) und Sachsen (86 %) deutlich über den Werten für Bayern (79 %) und Baden-Württemberg (76 %). Andere Studienergebnisse stützen den Befund, dass die regionale Identität besonders in Thüringen von enormer Bedeutung ist (vgl. BMWi, 2015a). Die Bevölkerung im Osten fühlt sich am stärksten mit der Region und dem Wohnort verbunden. Eine Studie (BMWi, 2015a, S. 30) kommt gar zu dem Schluss, dass „die Verbundenheit mit dem staatsrechtlich

nicht mehr existierenden Gebilde Ostdeutschland größer ist als mit Gesamtdeutschland“. Hier ist jedoch die Bevölkerungsstruktur zu beachten, die sich durch einen größeren Anteil älterer Bürger und mangelnde Zuwanderung auszeichnet. Zwar hat insbesondere diese ältere Generation die Zeit vor der Wiedervereinigung erlebt, ist folglich dort sozialisiert worden, die stärkere Heimatverbundenheit resultiert aber auch aus der Verbundenheit mit der Region, in der man schon lange gelebt hat. Die Ergebnisse dieser Studie zeigen ebenso, dass sich vor allem Ältere (60+) mit der eigenen Region verbunden fühlen. Umgekehrt führt die starke Einwanderung nach Bayern und Baden-Württemberg zu einer dort insgesamt etwas geringeren lokalen Identifizierung.

Trotz Abwanderung trifft Einwanderung im Osten auf geringere Akzeptanz. Der Aussage „Deutschland sollte Einwanderung als Chance für unser Land begreifen“ stimmen insgesamt 55 % der wahlberechtigten Bevölkerung zu. Es zeigen sich hier deutliche Unterschiede zwischen den Ländern: In Baden-Württemberg, dem Flächenland mit dem höchsten Migrantenanteil Deutschlands (vgl. Statistisches Landesamt, 2014) und dessen positiven Erfahrungen mit Einwanderung und Integration, trifft die Aussage mit 60 % auf deutlich größere Akzeptanz (vgl. Ministerium für Integration Baden-Württemberg, 2012). Relevant für die Wahrnehmung der Chancen von Einwanderung für Wirtschaft und Gesellschaft sind demzufolge der Kontakt zu Mitbürgern aus anderen Ländern sowie das gemeinsame Zusammenleben in verschiedenen Lebens- und Arbeitsbereichen.

Bayern entspricht mit 54 % ungefähr dem Durchschnitt aller Befragten. In Thüringen sehen 48 % Chancen in der Einwanderung, in Sachsen nur 45 %. In der mittleren Altersgruppe (40 bis 59 Jahre) sind es gar nur 39 % der Sachsen. Insbesondere die ländliche Bevölkerung ist skeptischer. Mit zunehmender formaler Bildung steigt die Akzeptanz von Einwanderung, 70 % der höher Gebildeten stimmen zu. Ebenso verstehen höhere Einkommensgruppen Einwanderung eher als Chance. Eine kritischere Haltung zu Einwanderung im Osten wurde auch im Rahmen anderer Studien belegt. Tendenzen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus werden durch eine stärker autoritäre statt libertäre politische Prägung begründet sowie durch geringeres politisch-demokratisches

Engagement, größere Unzufriedenheit und Unsicherheit im Osten (vgl. Decker et al., 2010; Fichter, Stöss & Zeuner, 2005, S. 210).





Der Aussage „*Wer hart arbeitet, kann in Deutschland auch etwas erreichen*“ stimmen insgesamt 61 % aller Befragten zu. Deutliche Unterschiede in der Zustimmung ergeben sich mit Anstieg des Einkommens, besser Verdienende (€ 3.000+) stimmen mit 72 % am deutlichsten zu. Im Osten herrscht geringere Zustimmung zum Leistungsversprechen. In Bayern und Baden-Württemberg stimmen jeweils 63 % zu, in Thüringen nur 57 % und in Sachsen 58 %. Wie bereits thematisiert, führen Politiker dieses Ergebnis auf die fehlende positive Selbstwirksamkeitserfahrung im Osten zurück. In den Kontext Eigenverantwortung lässt sich die Aussage „*Deutschland hätte weniger Probleme, wenn jeder selbst mehr Verantwortung für sein Leben übernehmen würde*“ einbinden. 70 % aller Befragten stimmen hier zu. Dieser Aussage stimmen eher Männer und Wahlberechtigte mit höherem Einkommen zu, Länderunterschiede sind marginal.

Die Wichtigkeit von Wirtschaftswachstum im Verhältnis zur Nachhaltigkeit wurde durch die Aussage „*Der Klimawandel muss stärker bekämpft werden, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet*“ getestet. Insgesamt erhält die Aussage 70 % Zustimmung. In Baden-Württemberg liegt der Wert bei 73 %, in Bayern bei 71 %. In

Thüringen mit 66 % und in Sachsen mit 61 % ist der Klimawandel zwar immer noch wichtiger als Wirtschaftswachstum, aber weniger wichtig als im Süden.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Einstellungsunterschiede zwischen Süden und Osten zwar gering sind, aber mit den Erwartungen zusammenhängen, die an Staat und Gesellschaft gerichtet werden. Der Süden zeichnet sich durch eine stärkere individuelle Leistungsorientierung aus, der Osten legt eher Wert auf soziale Sicherheit und solidarische Versorgung. Während im Westen Leitwerte wie Leistungsgerechtigkeit, Individualismus, Liberalismus und Selbstverwirklichung vorherrschten, wurde im Osten Gleichheit und Solidarität erwartet (Thumfart, 2001, S. 7; Gabriel & Rattinger, 2005) und der Staat galt als „Hüter der Bürger“ (Thumfart, 2001, S. 8). Diese Einstellungsunterschiede beruhen auf unterschiedlicher Sozialisation innerhalb zweier ursprünglich verschiedener Gesellschafts-, Wirtschafts- und Politiksysteme. Auch heute herrschen offenbar noch leicht unterschiedliche Leitwerte im Süden und Osten, die sich in der politischen Kultur manifestieren. Fehlende Selbstwirksamkeitserfahrungen im Osten schmälern den Glauben an Leistungsgerechtigkeit. Ein geringer Glaube an das Leistungsversprechen und geringere Zustimmung zu Eigenverantwortung resultieren als Elemente dieser fehlenden Selbstwirksamkeitserfahrung schließlich in geringerer Demokratiezufriedenheit und Unterstützung des demokratischen Systems.

Abbildung 20: Zustimmung (6–10) zu verschiedenen Aussagen nach Ländern

	Alle	 BW	 BY	 TH	 SA
Ich habe eine starke Verbundenheit mit der Gegend in der ich lebe.	80 %	76 %	79 %	85 %	86 %
Der Klimawandel muss stärker bekämpft werden, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet.	70 %	73 %	71 %	66 %	61 %
Deutschland hätte weniger Probleme, wenn jeder selbst mehr Verantwortung für sein Leben übernehmen würde.	70 %	72 %	70 %	70 %	69 %
An die Zukunft zu denken bereitet mir Sorgen.	64 %	61 %	65 %	66 %	68 %
Das Leben wird immer hektischer. Manchmal weiß ich nicht, wie ich allen Anforderungen gerecht werden soll.	62 %	59 %	62 %	65 %	61 %
Wer hart genug arbeitet, kann in Deutschland auch etwas erreichen.	61 %	63 %	63 %	57 %	58 %
Deutschland sollte Einwanderung als Chance für unser Land begreifen.	55 %	60 %	54 %	48 %	45 %
Egal was ich tue, ich komme finanziell auf keinen grünen Zweig.	45 %	46 %	42 %	48 %	47 %
Mir mangelt es eher an Zeit als an Geld.	39 %	39 %	39 %	39 %	36 %

Basis: Alle Wahlberechtigten (n=3000). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe, (0–5). Abweichungen rundungsbedingt.

Basis: Alle Wahlberechtigten (n = 3 000). Fehlende Prozent: Weiß nicht/keine Angabe (0 bis 5). Abweichungen rundungsbedingt.

7.3 Lebenssituation und Einstellungen nach Parteiwahl

Stärker als die Unterschiede zwischen den Ländern sind aber die Unterschiede in der Zustimmung zu den Aussagen zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien. „Anhänger“ sind hier definiert als diejenigen Befragten, die angegeben haben, die entsprechende Partei zu wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre. Zunächst wird deutlich, dass Anhänger von CDU/

CSU, SPD und Grünen deutlich zufriedener mit dem Funktionieren der Demokratie sind als Anhänger der Linken und der AfD. Letztere beklagen auch überdurchschnittlich, dass sich die Parteien immer weniger voneinander unterscheiden. Anhänger von CDU/CSU stimmen am stärksten mit Aussagen zu Leistungsversprechen und Eigenverantwortung überein, während diese von Anhängern der Linken am wenigsten geteilt werden. Dagegen plagen Anhänger der Linken eher Zukunftssorgen. Grünen-Anhänger stimmen, gefolgt von denen der SPD, am stärksten zu, dass Deutschland Einwanderung als Chance sehen sollte, dieser Aussage stimmt dagegen nur ca. jeder fünfte AfD-Anhänger zu. Daneben findet Bekämpfung des Klimawandels unter Anhängern der Grünen die stärkste Zustimmung, unter AfD-Anhängern die geringste.

Abbildung 21: Zustimmung (6–10) zu verschiedenen Aussagen nach Partei-Anhängern

	Alle	CDU/CSU	SPD	Grüne	Die Linke	AfD
Ich habe eine starke Verbundenheit mit der Gegend in der ich lebe.	80 %	88 %	80 %	72 %	79 %	74 %
Deutschland hätte weniger Probleme, wenn jeder selbst mehr Verantwortung für sein Leben übernehmen würde.	70 %	80 %	69 %	68 %	55 %	68 %
Der Klimawandel muss stärker bekämpft werden, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet.	70 %	70 %	76 %	84 %	73 %	57 %
An die Zukunft zu denken bereitet mir Sorgen.	64 %	61 %	68 %	56 %	77 %	72 %
Das Leben wird immer hektischer. Manchmal weiß ich nicht, wie ich allen Anforderungen gerecht werden soll.	62 %	61 %	60 %	62 %	62 %	63 %
Wer hart genug arbeitet, kann in Deutschland auch etwas erreichen.	61 %	75 %	67 %	58 %	35 %	56 %
Alles in allem funktioniert das demokratische System in Deutschland gut.	60 %	75 %	70 %	73 %	40 %	41 %
Die Parteien unterscheiden sich immer weniger voneinander.	59 %	56 %	60 %	63 %	67 %	70 %
Deutschland sollte Einwanderung als Chance für unser Land begreifen.	55 %	60 %	66 %	75 %	50 %	19 %
Egal was ich tue, ich komme finanziell auf keinen grünen Zweig.	45 %	42 %	48 %	38 %	50 %	49 %
Mir mangelt es eher an Zeit als an Geld.	39 %	43 %	39 %	39 %	29 %	36 %

Basis: Alle Wahlberechtigten (n=3000). Fehlende Prozent: Weiß nicht / Keine Angabe, (0–5). Abweichungen rundungsbedingt.

8. Fazit und Implikationen für die politische Bildung

Die ländervergleichende Untersuchung politischer Kultur im Süden und Osten zeigt, dass ein unterschiedliches regionalspezifisches Politikverständnis und unterschiedliche Politikwahrnehmungen bestehen. Diese sind teilweise historisch gewachsen, sind aber auch in der aktuellen Sozialstruktur der Länder sowie in unterschiedlichen Einstellungen der Bevölkerung begründet.

Während zwischen den vier Ländern keine wesentlichen Unterschiede des politischen Interesses oder der Neigung zur Wahlbeteiligung nachweisbar sind, bestehen wesentliche Einstellungsunterschiede in Bezug auf die Zufriedenheit mit dem Funktionieren des demokratischen Systems. Wahlberechtigte im Osten sind mit dem derzeitigen Funktionieren der Demokratie erkennbar unzufriedener. Diese Einstellung resultiert in einer geringeren Bereitschaft zu parteipolitischem Engagement sowie in einer größeren Skepsis hinsichtlich der Problemlösungsfähigkeit der Politik.

Aufgrund von Nachwuchsmangel und einer insgesamt größeren generellen Distanz zu Parteien haben Parteien im Osten größere Schwierigkeiten als Parteien im Süden, die in ihrer Arbeit auf eine längere Tradition und Etablierung innerhalb der Gesellschaft zurückgreifen können. Gleichzeitig werden im Osten an Parteien und Staat insgesamt höhere Erwartungen gerichtet. Soziale Themen, insbesondere Arbeitsmarktpolitik und Politik für junge Menschen, Kinderbetreuung und Renten, besitzen größere Relevanz im Osten.

Für die politische Bildungsarbeit einer parteinahen Stiftung ist die konstatierte Distanz in Sachsen und Thüringen zu Parteien eine besondere Herausforderung. Sie kann darauf reagieren, indem in ihrer Arbeit das demokratische System insgesamt in den Blick genommen wird und anhand dessen deutlich wird, welche Rolle Parteien darin spielen. Zudem hat sie die Aufgabe, dem generellen Vertrauensverlust in Parteien – der bekanntlich stärker ist als derjenige gegenüber anderen staatlichen Institutio-

nen – etwas entgegenzusetzen, etwa indem sie direkte Begegnungen zwischen Bürgern und (Partei-)Politikern ermöglicht, die Handlungslogiken von Parteien und deren demokratische Art der internen Meinungsbildung deutlich macht und vermeintliche Alternativen kritisch hinterfragt.

Positiv ist festzuhalten, dass nur 9 % der Bevölkerung kategorische Nichtwähler sind. Dagegen sind 18 % der wahlberechtigten Bevölkerung nicht sehr politisch interessiert und nicht sicher, ob sie zur Wahl gehen. Aber diese Gruppe der Befragten kann – wie oben gezeigt – mobilisiert werden und nennt als Voraussetzungen dafür eine bessere Erklärung politischen Handelns, eine verständlichere politische Kommunikation sowie eine größere Unterscheidbarkeit zwischen den Parteien.

Was bedeuten diese Ergebnisse für die Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Ziel einerseits darin besteht, die Entwicklung von Politik- und Demokratieverdrossenheit zu beobachten und andererseits darin, Einflussfaktoren auf politisches und gesellschaftliches Engagement zu identifizieren, um durch politische Bildung einen Beitrag für ein demokratisches Politikverständnis und zunehmende Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen zu leisten?

Die vorliegenden Ergebnisse liefern hierfür einige Anknüpfungspunkte, sowohl in Bezug auf die politische Bildungsarbeit mit Wahlberechtigten als auch in Bezug auf die politische Beratungsarbeit der Stiftung.

Bürgerinnen und Bürgern muss die Beschäftigung und Auseinandersetzung mit politischen Fragen ermöglicht werden, die wiederum eine Voraussetzung für politische Partizipation darstellt – gerade wenn man an intensivere Partizipation jenseits der Wahlbeteiligung denkt. Wie oben ausgeführt sind (1) politisches Kompetenzgefühl, das heißt das Gefühl, selbst politisch etwas bewirken zu können, (2) politisches Interesse und (3) politisches Wissen oder Informiertheit entscheidende Faktoren, um politische Involvierung zu steigern.

Politische Bildung kann und will politisches Wissen vermitteln. Dies so anzubieten und durchzuführen, dass politisches Interesse geweckt wird, ist eine notwendige Voraussetzung erfolgreicher politischer Bildungsarbeit. Wenn dann zu aktuellen politischen Themen partizipative Methoden angeboten werden, können sogar politische Selbstwirksamkeitserfahrungen vermittelt werden, die das individuelle Kompetenzgefühl stärken (vgl. für praktische Beispiele aus der politischen Bildungsarbeit: Molthagen, 2009).

Die Untersuchungsergebnisse haben gezeigt, dass politisches Interesse und Wahlbeteiligung korrelieren und beide mit dem Alter, Einkommen und Bildungsgrad ansteigen. Ebenso sind Männer über die betrachteten Bundesländer hinweg eher politisch interessiert und bereit, bei der Wahl ihre Stimme abzugeben als Frauen. Ferner hat sich gezeigt, dass ein beträchtliches Potenzial an mäßig interessierten Wahlberechtigten existiert, die nicht sicher zur Wahl gehen, dies jedoch nicht ausschließen und damit für politische Inhalte erreichbar sind. Wenig überraschend ist dieses Potenzial ebenfalls stärker konzentriert unter (jüngeren) Frauen sowie Wahlberechtigten mit niedriger Schulbildung und niedrigerem Haushaltsnettoeinkommen. Die Erfahrung zeigt, dass gerade für weniger politisch interessierte Zielgruppen spezifische Angebote entwickelt werden müssen.

Für die politische Bildung sind diese Gruppen also besonders relevant und zugleich vergleichsweise leicht erreichbar, da sie mit der Politik noch nicht vollkommen abgeschlossen haben. Da eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zustimmt, Politik manchmal nicht zu verstehen und sich bessere Erklärungen wünscht, sollte der Fokus darauf liegen, (1) Grundlagen des politischen Systems und politischer Prozesse zu erläutern, (2) zu verdeutlichen, welche Aufgabenverteilung der Politik auf kommunaler, Landes- und Bundesebene zugrunde liegt sowie (3) einen Bezug von politischen Entscheidungen zum persönlichen Leben der Bürger herzustellen. Letzteres dürfte auch der Sorge entgegenwirken, nach der sich Bürger zunehmend mit ihren Alltagssorgen allein gelassen fühlen, wie von einigen befragten Kommunal- und Landespolitikern befürchtet wurde.

Auf der anderen Seite kann eine politische Stiftung aus den vorliegenden Ergebnissen die Aufgabe ableiten, gegenüber Kommunal- und Landespolitikern (1) politische Kommunikation, (2) Bürgerbeteiligung, (3) die aus Sicht der Bürger relevanten Themen und (4) Klarheit von politischen Standpunkten zu thematisieren.

Die politische Kommunikation betreffend, muss die weitverbreitete Wahrnehmung in der Bevölkerung ernst genommen werden, nach der Politik unverständlich und komplex ist und Entscheidungen besser erklärt werden sollten. Auch unter befragten Politikern ist die Einsicht vorhanden, dass Verständigungsprobleme mit der Bevölkerung bestehen und dass die Kommunikation zwischen Politik und Bürgern verbesserungsbedürftig ist. Eine entscheidende Rolle spielt hier zum einen die Fähigkeit, komplexe Probleme verständlich zu erklären und in besonderem Maße die verwendete Sprache, die klar und leicht verständlich sein sollte.

Als weiterer Aspekt wird eine frühzeitige Bürgerbeteiligung nach Angaben der befragten Politiker zunehmend eingefordert, wobei die Problematik unter anderem darin besteht, dass der Bürger bisweilen nicht „freiwillig“ kommt, sondern aktiv angesprochen werden muss. Partizipative Methoden wie Bürgerdialoge und Zukunftswerkstätten als jedem Bürger offenstehende Verfahren haben sich in diesem Kontext bewährt, um dem Bürger zu verdeutlichen, dass Politik zuhört und Bürgerinteressen ernst nimmt. Dies gilt umso mehr, wenn vor Ort eine konkrete und möglicherweise konfliktive Entscheidung bevorsteht. Von entscheidender Bedeutung ist hierbei, dass Kommunikation keine Einbahnstraße sein darf, sondern sich Politiker und Bürger auf Augenhöhe begegnen. Eine solche Form der Bürgerbeteiligung kann der Wahrnehmung mangelnder Bürgernähe von Politik entgegen treten. Zudem lernen Teilnehmer auf Bürger- und Politikerseite voneinander und im Idealfall werden dadurch Entscheidungen besser legitimiert und politisches Handeln sowie Lösungswege optimiert.

In Bezug auf die politische Themensetzung liefert Kapitel 7.1 Erkenntnisse darüber, welche politischen Prioritäten Bürger in den vier betrachteten Ländern setzen. Familien,

sozial Schwächere, die Mittelschicht und (vor allem in Thüringen) junge Leute sind Gruppen, um die sich die Politik nach Ansicht der Bürger stärker kümmern sollte. Eine stärkere Fokussierung dieser Gruppen, sowohl in der konkreten Politik als auch in der ebenfalls wichtigen politischen Kommunikation, dürfte der eingangs erwähnten Sichtweise entgegenwirken, nach der die Politik die Bürger mit ihren Problemen alleine lässt und somit die Relevanz der Politik für Bürger erhöhen.

Schlussendlich beklagt eine deutliche Mehrheit der Bürger hinsichtlich der Klarheit von politischen Standpunkten, dass sich die Parteien immer weniger voneinander unterscheiden. Hier gilt es, eine stärkere Unterscheidbarkeit politischer Standpunkte herzustellen und diese in einfacher, klarer Sprache zu kommunizieren. Eine Unterscheidbarkeit von politischen Angeboten ist wichtig, um insbesondere politikferne Gruppen zu Wahlbeteiligung

und weiterführender Partizipation zu motivieren. Empirisch stützt die These die steigende Wahlbeteiligung in zugespitzten Wahlkämpfen mit realistischen Alternativen für eine Regierungsbildung wie bei den jeweils letzten Wahlen in Baden-Württemberg 2011 und Thüringen 2015.

Die soeben diskutierten Implikationen nehmen sowohl Parteien als auch Politikerinnen und Politiker in die Pflicht, ihre wahrgenommene Relevanz in der Bevölkerung zu erhöhen sowie besser zu kommunizieren und geben gleichzeitig der politischen Bildung Instrumente an die Hand, um politische Involvierung, insbesondere politikferner Gruppen zu steigern. Um der Herausforderung steigender Demokratie- und Politikverdrossenheit in adäquater Weise zu begegnen, bietet sich an, sowohl verstärkt in Bildungsarbeit auf der Nachfrageseite zu investieren als auch politische Stakeholder auf der Angebotsseite zu involvieren.

Dietmar Molthagen: Nachwort des Herausgebers

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat als zentrales Ziel, für Demokratieförderung in Deutschland sowie weltweit zu arbeiten. Daher beschäftigt sich die Friedrich-Ebert-Stiftung kontinuierlich mit politischen Einstellungen der deutschen Bevölkerung sowie mit der Entwicklung des Verhältnisses der Bürger_innen zu der parlamentarischen Demokratie und den demokratischen Parteien. Ein zentrales Ziel dabei ist es, auf der einen Seite Tendenzen von Politik- und Demokratieverdrossenheit zu erkennen sowie auf der anderen Seite Faktoren für politisches und/oder gesellschaftliches Engagement zu identifizieren.

In Debatten zur politischen Kultur in Deutschland wird zu Recht auf die Heterogenität innerhalb des Landes hingewiesen. In einer vielfältigen Gesellschaft kann man weniger denn je von „der“ politischen Kultur oder „der“ politischen Einstellung der Deutschen sprechen. So liegt die Vermutung nahe, dass es sowohl bedeutsame regionale Unterschiede in der politischen Kultur gibt, als auch solche, die auf sozio-ökonomischen Faktoren beruhen. Da bundesweite Repräsentativbefragungen in aller Regel keine ausreichende regionale Differenzierung ermöglichen, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung die hier vorliegende Studie in Auftrag gegeben, um am Beispiel von vier Bundesländern regionale Besonderheiten im Politikverständnis zu ermitteln. Ausgewählt wurden dafür die jeweils südlichen Länder Ost- und Westdeutschlands.

Den Charakter einer Pilotstudie erhält die vorliegende Studie auch in methodischer Hinsicht. Die Mischung der qualitativen Bevölkerungsbefragung mit qualitativen Experteninterviews aktiver Kommunalpolitiker_innen ermöglicht die Gesamtschau auf Politikanbieter und -zielgruppen.

Die Studie hat – wie auf den vorangegangenen Seiten zu lesen war – vielfältige Erkenntnisse ergeben und die Verbindung von quantitativer und qualitativer Forschung war gewinnbringend. Faktoren einer je regionalspezifischen politischen Kultur wurden ebenso gefunden wie Gemein-

samkeiten bei der Bewertung der gegenwärtigen Politik in Deutschland sowie der Demokratie insgesamt.

Für die eigene Arbeit als Institution der politischen Bildung zieht die Friedrich-Ebert-Stiftung zehn Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen dieser Studie:

1. Politische Information anbieten

Bürgerinnen und Bürger sind in Deutschland mitnichten politisch desinteressiert. Zwar gibt es erkennbare Unterschiede im politischen Interesse in verschiedenen Segmenten der Bevölkerung, aber der Wunsch nach politischer Information ist ausgeprägt und erkennbar. Denn diese sind nötig, um sowohl politisches Interesse als auch die Bereitschaft zur politischen Partizipation zu wecken und zu steigern.

2. Grundlagen des politischen Systems vermitteln

Neben der politischen Information ist aber auch ein Verständnis für die Funktionsweise des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland nötig. Diese Ur-Aufgabe der politischen Bildung scheint in Zeiten komplexer politischer Probleme und des Mehrebenensystems aus Kommunen, Ländern, Bund und EU wichtiger denn je zu sein. Die Friedrich-Ebert-Stiftung macht in ihren Projekten gegenwärtig die Erfahrung, dass entsprechende Angebote zunehmend nachgefragt werden, beispielsweise von Neueinwanderern, aber auch von Moscheegemeinden oder Vereinen im ländlichen Raum.

3. Politik erklären

Viele der Befragten in der vorliegenden Studie haben sich verständlichere politische Informationen gewünscht. Zugleich haben sie dabei die gegenwärtige politische Kommunikation als – mindestens teilweise – unverständlich kritisiert. Dies bedeutet für die politische Bildungsarbeit auf eine verständliche Sprache zu achten und politische Zusammenhänge besser zu erklären. Eine klare Sprache wird dabei hoffentlich auch zu einer besseren Erreichbarkeit von (noch) politikfernen Zielgruppen beitragen.

4. Gesellschaftliche Debatten ermöglichen – Kontroversen zulassen

Die Befragten haben in den gestellten politischen Sachfragen dieser Studie zumeist unterschiedlich geantwortet. Nur in zwei Fällen – die jüngste Rentenreform und die Forderung, dass man von der eigenen Arbeit auch leben kann – fand sich eine sehr breite Zustimmung. Dies verstehen wir durchaus paradigmatisch dafür, dass viele politische Sachfragen in der heterogenen Gesellschaft umstritten sind. Politische Bildung kann und will dies nicht ändern. Ihre Aufgabe ist es vielmehr, einen Ort zu bieten, an dem diese gesellschaftlichen Debatten geführt werden – unter Beteiligung der Bürger_innen – und an dem die kontroversen Meinungen geäußert werden können. Unsere Überzeugung ist: Die Demokratie braucht eher mehr politischen Streit als weniger. Deswegen betreibt die Friedrich-Ebert-Stiftung auch seit einigen Jahren das Debattenportal www.sagwas.net.

5. Gesellschaftspolitisches Engagement fördern

Politische Bildung will nicht allein informieren, sondern auch aktivieren. Dies gilt für den in einer Demokratie zentralen Akt der Wahlteilnahme, aber auch für andere Formen politischen und gesellschaftlichen Engagements. Die Studie hat sowohl deutlich gemacht, dass die Bereitschaft zum Engagement vorhanden ist, als auch, dass das Engagement in Parteien speziell in den untersuchten ostdeutschen Ländern ein negatives Image hat. Engagementförderung betreibt die Friedrich-Ebert-Stiftung in vielen Projekten – beispielsweise dem Projekt „Praxis der Einwanderungsgesellschaft“ in der „Akademie Jugend und Politik“ oder in der Auseinandersetzung mit Rechts extremismus und Rechtspopulismus. Voraussetzungen dafür sind Bürgernähe, die die Themen und Fragen der Bürger_innen aufnimmt und die demokratisch legitimierten Politiker_innen mit den Engagierten zusammen bringt. Da jedoch Parteien zentrale Akteure in der parlamentarischen Demokratie sind und die Friedrich-Ebert-Stiftung eine der sogenannten „parteinahen Stiftungen“ ist, verfolgt unsere Arbeit auch das Ziel, ein differenziertes Bild von Parteien zu vermitteln, das Vorurteile abbaut und zum Engagement auch in Parteien einlädt.

6. Zielgruppenspezifisch arbeiten

Politische Bildung wird nie mit einem Angebot alle erreichen. Mit Blick auf die eingangs erwähnt gesellschaftliche Heterogenität haben zielgruppenspezifische Angebote in den vergangenen Jahren deutlich an Bedeutung gewonnen. Die Studie verweist auf Zielgruppen, die für politische Bildung besonders relevant sind, weil sie noch nicht aktiv sind, sich dies aber vorstellen können: (jüngere) Frauen, Jugendliche und Personen mit niedrigem Einkommen. Für diese Gruppen attraktive Angebote zu schaffen, ist eine Herausforderung dieser Studienergebnisse, der sich die Friedrich-Ebert-Stiftung gern stellen wird.

7. Partizipation ermöglichen

Engagement lässt sich am besten durch Partizipation fördern. Denn wer die Erfahrung gemacht hat, dass das eigene Tun einen Unterschied macht, bleibt mit hoher Wahrscheinlichkeit engagiert. Die Friedrich-Ebert-Stiftung verfügt über langjährige und sehr positive Erfahrung mit partizipativen Methoden: In Zukunftswerkstätten, Bürgerkonferenzen, Szenario-Workshops oder Planspielen wird mit Bürger_innen zu aktuellen kommunalen oder auch übergreifenden politischen Fragen gearbeitet. Oft sind dabei die gewählten Politiker_innen eingebunden, so dass die Bürgerideen direkt in den politischen Entscheidungsprozess einfließen konnten. Und immer wieder sagen uns die Teilnehmenden anschließend, dass es für sie eine positive Erfahrung mit Politik war, einmal selbst aktiv geworden zu sein.

8. Wünsche der Bürger kommunizieren

Die vorliegende Studie hat die aus Bürgersicht bestehenden politischen Prioritäten deutlich gemacht: Gewünscht wird eine Politik für Familien, für sozial Schwächere, für Arbeitnehmer_innen und für Jüngere. Politikangebote für diese Zielgruppen sollten somit auch in der politischen Bildungsarbeit thematisiert werden. Zugleich sind dies Hausaufgaben für die politische Beratungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, um mit unseren Partnern neue Politikvorschläge für die genannten Gruppen zu entwickeln.

9. Politikberatung

Wurde damit die politische Beratungsarbeit bereits angesprochen, erhält diese von den Untersuchungsergebnissen eine weitere Aufgabe. Wenn die Bürger_innen beklagen, dass sich Parteien in ihrer Wahrnehmung immer weniger voneinander unterscheiden, dann müssen die jeweiligen spezifischen Werte, die thematischen Schwerpunkte und die historischen Besonderheiten der Parteien deutlicher gemacht werden. Genau hierfür ist eine wertgebundene politische Stiftung – im Falle der Friedrich-Ebert-Stiftung den Werten der Sozialen Demokratie verpflichtet – ein geeigneter Akteur.

10. Dezentralität und Regionalität





Die Regionalstudie in vier Bundesländern hat gezeigt: Politik wird verschieden wahrgenommen und gelebt. Als Schlussfolgerung braucht es auch regionalspezifische und lokale Angebote der politischen Bildung. Dafür steht das dezentrale Netz der FES-Landes- und Regionalbüros sowie die Praxis, Veranstaltungen nicht nur in (Landes-)Hauptstädten, sondern auch an kleineren Orten anzubieten.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung dankt allen an dieser Studie beteiligten Personen, insbesondere den Autorinnen und Autoren dieser Zusammenfassung, die zugleich die Projektleiter der Untersuchung waren. Wir werden die hier vorgestellten Ergebnisse in unserer politischen Bildungs- und Beratungsarbeit nutzen, um auch in Zukunft ein thematisch umfassendes, methodisch vielfältiges und auf aktuelle Bedürfnisse der Bürger_innen zugeschnittenes Programm zu entwickeln. Denn der Wahlspruch unseres Gründers und Namensgebers Friedrich Ebert ist aktueller denn je: „Demokratie braucht Demokraten.“

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Offene Antworten zu der Selbstwahrnehmung der Länder.....	10
Abbildung 2:	Politisches Interesse nach Sozialstruktur	13
Abbildung 3:	Zustimmung (6–10) zu Aussagen zu politischem Interesse und Verständnis insgesamt und in den Ländern	15
Abbildung 4:	Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung	17
Abbildung 5:	Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung nach Sozialstruktur.....	18
Abbildung 6:	Zusammenhang zwischen politischem Interesse und Wahlbeteiligung	19
Abbildung 7:	Mobilisierbares Potenzial in der wahlberechtigten Bevölkerung	19
Abbildung 8:	Mobilisierbares Potenzial in der wahlberechtigten Bevölkerung nach Sozialstruktur	20
Abbildung 9:	Bereitschaft zu aktiver Partizipation insgesamt und nach Ländern	21
Abbildung 10:	Fehlende Selbstwirksamkeitserfahrung im Osten schmälert den Glauben an die Leistungsgerechtigkeit	25
Abbildung 11:	Gruppen, um die sich die Politik kümmern soll nach Wichtigkeit insgesamt und in den Ländern	28
Abbildung 12:	Bewertung und Wichtigkeit von Themen insgesamt.....	29
Abbildung 13:	Flexible Beschäftigung vs. sichere Arbeit.....	30
Abbildung 14:	Steuererhöhung vs. Steuersenkung.....	30
Abbildung 15:	Sparen vs. Investitionen.....	31
Abbildung 16:	Gemeinsames Lernen vs. Elitenförderung.....	31
Abbildung 17:	Rente ab 63 und Mütterrente	32
Abbildung 18:	Förderung von Industrie vs. Dienstleistungen.....	32
Abbildung 19:	Kinderbetreuungsangebote vs. finanzielle Förderung von Familien	33
Abbildung 20:	Zustimmung (6 – 10) zu verschiedenen Aussagen nach Ländern	35
Abbildung 21:	Zustimmung (6 – 10) zu verschiedenen Aussagen nach Bundestagswahlabsicht.....	36

Legenden

	Geschlecht	männlich weiblich	m w
	Alter	unter 40 40–59 Jahre älter als 60 Jahre	u40 40–59 60+
	Schulbildung	Haupt- oder Volksschulabschluss Realschulabschluss oder gleichwertiger Abschluss Fachhochschul- oder Hochschulreife	Niedrig Mittel Hoch
	Haushaltsnetto- Einkommen	unter 2.000 € 2.000 € bis 3.000 € 3.000 € und mehr	u 2.000 € 2.000 €–3.000 € 3.000 €+

- Almond, G. A. & Verba, S. (1989). *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*. Newbury Park, London, New Delhi: Sage Publications.
- Andersen, U. & Woyke, W. (Hrsg.) (2003). *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Politische Kultur. Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. 5., aktual. Auflage*. Opladen: Leske + Budrich.
- Arzheimer, K. (2005). „Freiheit oder Sozialismus?“ Gesellschaftliche Wertorientierungen, Staatszielvorstellungen und Ideologien im Ost-West-Vergleich. In: O. W. Gabriel, J. W. Falter & H. Rattinger. *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland* (S. 285–313). Baden-Baden: Nomos.
- Arzheimer, K. (2012a). Mikrodeterminanten des Wahlverhaltens: Parteiidentifikation. In: O. W. Gabriel & B. Westle (Hrsg.). *Wählerverhalten in der Demokratie. Eine Einführung* (S. 223–246). Baden Baden: Nomos.
- Arzheimer, K. (2012b). *Twenty Years After: Sozial- und Wirtschaftspolitische Einstellungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Zivile Bürgergesellschaft und Demokratie: Aktuelle Ergebnisse der empirischen Politikforschung. Festschrift für Oscar Gabriel* (S. 299–336). Wiesbaden: Springer VS.
- Arzheimer, K. & Klein, M. (2000). Gesellschaftspolitische Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen im Ost-West-Vergleich. In: J. W. Falter, O. W. Gabriel & H. Rattinger (Hrsg.). *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich* (S. 363–402). Opladen: Leske + Budrich.
- Arzheimer, K. & Rudi, T. (2007). Wertorientierungen und ideologische Einstellungen. In: H. Rattinger, O. W. Gabriel & J. W. Falter (Hrsg.). *Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland* (S. 167–187). Baden-Baden: Nomos.
- Bandura, A. (1977). Self-Efficacy: Toward a Unifying Theory of Behavioral Change. In: *Psychological Review*, 84 (2), S. 191–215.
- Braun, G.; Güra, T.; Henn, S.; Lang, T.; Schürmann, C. Voß, K.; Warszycki, P. (2014). *Atlas der Industrialisierung der Neuen Bundesländer. Erstellt im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer* (Hrsg.) durch das Hanseatic Institute for Entrepreneurship and Regional Development an der Universität Rostock (HIERO). Rostock, Berlin.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (Hrsg.) (2015a). *Deutschland 2014. Sind wir ein Volk? 25 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit – öffentliche Vorstellung der Ergebnisse eines Forschungsprojekts. Studie des Zentrums für Sozialforschung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg unter der Leitung von Prof. Dr. Everhard Holtmann*. Abrufbar unter: <http://www.bmwi.de/BMWi/Redaktion/PDF/Publikationen/Studien/deutschland-2014-25-jahre-friedliche-revolution-und-deutsche-einheit-endbericht,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> (26.05.2015).
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (Hrsg.) (2015b). *Schlaglichter der Wirtschaftspolitik. Monatsbericht Januar 2015. Auszug*. Abrufbar unter: <http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/Monatsbericht/schlaglichter-der-wirtschaftspolitik-01-2015,property=pdf,bereich=bmwi2012,sprache=de,rwb=true.pdf> (21.05.2015).
- Decker, O.; Weißmann, M.; Kiess, J. & Brähler, E. (2010). *Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

- Eilfort, M. (1991). Die Nichtwähler. In: Landeszentrale für politische Bildung Baden Württemberg (Hrsg.). Wahlverhalten. (S. 224–241). Stuttgart, Berlin, Köln: W. Kohlhammer.
- Fichter, M., Stöss, R., Zeuner, B. (2005). Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Abschlussbericht. Freie Universität Berlin, Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften. Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft. Arbeitsstelle „Nationale und Internationale Gewerkschaftspolitik“ sowie „Otto-Stammer-Zentrum – Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie“.
- Filzmaier, P. (2009). Politische Kultur im Kontext medialer Kommunikation. In: Forum Politische Bildung (Hrsg.). Politische Kultur. Mit einem Schwerpunkt zu den Europawahlen. Informationen zur Politischen Bildung (30), S. 8–17.
- Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Soziologie (Hrsg.) (2014). Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Die Thüringer als Europäer. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2014. Wissenschaftliche Leitung: H. Best, S. Niehoff, A. Salheiser & K. Salomo. Abrufbar unter: http://www.thueringen.de/mam/th1/tsk/thuringen-monitor_2014.pdf (20.05.2015).
- Gabriel, W. & Rattinger, H. (2005). Die Struktur des Einstellungsraumes im vereinigten Deutschland. In: O. W. Gabriel, J. W. Falter & H. Rattinger. Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland (S. 9–50). Baden-Baden: Nomos.
- Glaab, M. & Weigl, M. (Hrsg.) (2013). Politik und Regieren in Bayern. Wiesbaden: Springer VS.
- Güllner, M. (2012). Nichtwähler in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Holtmann, E., Ragnitz, J. & Völkl, K. (2012). Ostdeutschland 2020. Die Zukunft des „Aufbaus Ost“. Einschätzungen künftiger Förderaktivitäten und Handlungsempfehlungen. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Ijzendoorn, M. H. (1978). Moralität, Kognition und politisches Bewusstsein, eine theoretische und empirische Untersuchung über einige kognitiv-entwicklungstheoretische Korrelate des politischen Bewusstseins von Adoleszenten als Prolegomenon einer psychologischen Didaktik der politischen Didaktik. (Diss. FU Berlin) Berlin.
- Jesse, E., Schubert, T. & Thieme, T. (Hrsg.) (2014). Politik in Sachsen. Wiesbaden: Springer VS.
- Kost, A., Rellecke, W. & Weber, R. (Hrsg.) (2010). Parteien in den Deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart. München: C.H. Beck.
- Kreis, J. (2010). Gesellschaftspolitische Einstellungen von West- und Ostdeutschen in der Region Berlin-Brandenburg von 2000–2008 – Ein Vergleich anhand verschiedener Definitionen für West- und Ostdeutsche. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum (17).
- Lupia, A., McCubbins, M. D. & Popkin, S. L. (Hrsg.) (2000). Elements of Reason. Cognition, Choice, and the Bounds of Rationality. Cambridge: Cambridge University Press.
- Maier, J. (2000). Politisches Interesse und politisches Wissen in Ost- und Westdeutschland. In: J. W. Falter, O. W. Gabriel, H. Rattinger (Hrsg.). Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich.
- Ministerium für Integration Baden-Württemberg (Hrsg.) (2012). Gelebte Vielfalt. Ergebnisse und Analyse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zur Integration in Baden-Württemberg 2012. Abrufbar unter: <http://integrationsministerium-bw.de/pb/site/pbs-bw/get/documents/mfi/MFI/pdf/Gelebte%20Vielfalt%20%20Auflage.pdf> (01.06.2015).
- Molthagen, D. (2009). Kommunale Demokratieförderung durch Partizipation. In: Ders., L. Korgel (Hrsg.). Handbuch für die kommunale Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus (S. 307–325). Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- De Nève, D. (2009). NichtwählerInnen – eine Gefahr für die Demokratie? Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills.

- Rellecke, W. (2010). Sachsen – vom ‚roten Königreich‘ zum CDU-dominierten Sechsparteiensystem. In: A. Kost, W. Rellecke & R. Weber (Hrsg.). *Parteien in den Deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart*. München: C.H. Beck.
- Sarcinelli, U. (2000). Politische Kultur: Auf der Suche nach der Identität des Landes Rheinland-Pfalz. In: U. Sarcinelli, J. Falter, W. Mielke, B. Benzner (Hrsg.). *Politische Kultur in Rheinland-Pfalz* (S. 9–24). Mainz, München: Hase & Koehler.
- Sarcinelli, U. (2010). Zur Sozialwissenschaftlichen Vermessung eines Bundeslandes: Politik in Rheinland-Pfalz. In: U. Sarcinelli, J. W. Falter, G. Mielke, B. Benzner (Hrsg.). *Politik in Rheinland-Pfalz. Gesellschaft, Staat und Demokratie* (S. 13–18). Wiesbaden: Springer VS.
- Sontheimer, K. (1971). *Deutschland zwischen Demokratie und Antidemokratie. Studien zum politischen Bewusstsein der Deutschen*. München: Nymphenburger Verlag.
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.) (2014). *Statistik aktuell: Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Baden-Württemberg*. Abrufbar unter: http://www.statistik-portal.de/Veroeffentl/Statistik_AKTUELL/803414009.pdf (01.06.2015).
- Thumfart, A. (2001). Politische Kultur in Ostdeutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* (B 39–40/2001), S. 6–14.
- Tichenor, P. J., Donohue G. A., Olien, C. N. (1970). Mass Media Flow and Differential Growth in Knowledge. In: *The Public Opinion Quarterly*. Bd. 34, (2), S. 159–170.
- Vetter, A. & Maier, J. (2005). Mittendrin statt nur dabei? Politisches Wissen, politisches Interesse und politisches Kompetenzgefühl in Deutschland, 1994–2002. In: O. W. Gabriel, J. W. Falter & H. Rattinger (Hrsg.). *Wächst zusammen, was zusammen gehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland* (S. 51–90). Baden-Baden: Nomos.
- Wehling, H.-G. (2011). *Konstanz und Wandel der politischen Kultur in Baden-Württemberg. Im Blick auf die Landtagswahl vom 27.3.2011*. Universität Tübingen. Abrufbar unter: http://www.landtagswahl-bw.de/fileadmin/landtagswahl-bw/pdf/wehling_landtagswahl11.pdf (20.05.2015).
- Zick, A. & Klein, A. (2014). *Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland*. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn: J. H. W. Dietz.

Die Autor_innen

Jana Faus

ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin und geschäftsführende Gesellschafterin der pollytix strategic research gmbh.

Rainer Faus

ist Diplom-Sozialwissenschaftler und geschäftsführender Gesellschafter der pollytix strategic research gmbh.

Alexandra Gloger

ist Kommunikationswissenschaftlerin und Projektmanagerin der pollytix strategic research gmbh.



ISBN: 978-3-95861-189-4